Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2144

14. 08. 95

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Frühjahrstagung der Nordatlantischen Versammlung vom 26. bis 29. Mai 1995 in Budapest

Die Frühjahrstagung der Nordatlantischen Versammlung fand vom 26. bis 29. Mai 1995 in Budapest statt. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abg. Klaus Francke (Hamburg) (CDU/CSU)
Leiter der Delegation
Abg. Angelika Beer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abg. Prof. Dr. Joseph-Theodor Blank (CDU/CSU)
Abg. Hans-Dirk Bierling (CDU/CSU)
Abg. Heinrich Graf von Einsiedel (PDS)
Abg. Lothar Ibrügger (SPD)
Abg. Ulrich Irmer (F.D.P.)
Abg. Dr. Dionys Jobst (CDU/CSU)
Abg. Dr. Dietmar Kansy (CDU/CSU)
Abg. Wolfgang Krause (Dessau) (CDU/CSU)
Abg. Walter Kolbow (SPD)
Abg. Herbert Lattmann (CDU/CSU)
Abg. Markus Meckel (SPD)
Abg. Manfred Opel (SPD)
Abg. Brigitte Schulte (Hameln) (SPD)
Abg. Dr. Klaus-Dieter Uelhoff (CDU/CSU)
Abg. Karsten D. Voigt (Frankfurt) (SPD)
Abg. Dr. Norbert Wieczorek (SPD)
Abg. Verena Wohlleben (SPD)
Abg. Michael Wonneberger (CDU/CSU)
Abg. Uta Zapf (SPD)
Abg. Peter Zumkley (SPD)

Bundesrat:

Staatsminister Florian Gerster (SPD), Rheinland-Pfalz, stellv. Leiter der Delegation
Senator Uwe Beckmeyer (SPD), Bremen
Minister Rudi Geil (CDU/CSU), Mecklenburg-Vorpommern
Minister Gerhard Glogowski (SPD), Niedersachsen
Ministerin Christine Lieberknecht (CDU/CSU), Thüringen
Staatsministerin Prof. Ursula Männle (CDU/CSU), Bayern
Minister Dr. Manfred Püchel (SPD), Sachsen-Anhalt

Ablauf der Tagung

Die Budapester Tagung der Nordatlantischen Versammlung war die erste, die nicht in einem NATO-Mitgliedsland stattfand.

Die Sitzungen der Ausschüsse der Nordatlantischen Versammlung fanden am 27. und 28. Mai 1995 statt, das Plenum tagte am 29. Mai 1995.

Die Plenarsitzung wurde vom Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. **Karsten D. Voigt** (Deutschland), eröffnet. Die Versammlung debattierte auf Anregung des Präsidenten zunächst über die aktuellen Ereignisse in Bosnien-Herzegowina und verabschiedete hierzu eine Resolution. Es folgten Ansprachen des ungarischen Parlamentspräsidenten, **Zoltan Gál,** und des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Karsten D. Voigt. Anschließend sprachen zur Versammlung der ungarische Premierminister Gyula Horn, der Stellvertretende NATO-Generalsekretär, Sergio Balanzino, der Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühe, und Richard Holbrooke, Abteilungsleiter für europäische und kanadische Angelegenheiten im Außenministerium der Vereinigten Staaten. Ägypten und Österreich wurde der Status eines parlamentarischen Beobachters verliehen.

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Auch die dichtgedrängte Tagesordnung des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit, die der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. **Anders Sjaastad**

(Norwegen), leitete, wurde vom Themenkomplex der NATO-Erweiterung beherrscht: Zwar befaßte sich der von Abg. **Rafael Estrella** (Spanien) vorgelegte Generalbericht mit den künftigen Strukturen und Funktionen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität sowie mit dem Stand der Errichtung von alliierten Streitkräfte-Kommandos (CJTF), doch mußte der Berichterstatter am Schluß seiner Ausführungen feststellen, daß die weitere Entwicklung auch in diesen beiden Bereichen zur Zeit durch die anhaltende Erweiterungsdebatte beeinträchtigt und gelähmt würde. In der nachfolgenden Aussprache, an der sich auch parlamentarische Beobachter des Europäischen Parlaments und der Versammlung der Westeuropäischen Union beteiligten, stieß der Berichterstatter mit seiner Andeutung, die Entwicklung der europäischen Identität könne evtl. eine Relativierung des Verhältnisses zu den USA voraussetzen, auf wenig Zustimmung: Abg. **Walter Kolbow** (Bundesrepublik Deutschland) stellte klar, daß für Deutschland das enge transatlantische Beziehungsgeflecht zumindest gleichwertig neben der fortschreitenden europäischen Integration stehe. Er wurde darin insbesondere durch britische und italienische Delegierte bestätigt.

Als Ehrengast trug Verteidigungsminister **György Keleti** (Ungarn) die Kernelemente der ungarischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik nach 1989/90 vor, wobei er die Anstrengungen seiner Regierung hervorhob, sich den politischen und militärischen Standards des westlichen Bündnisses anzupassen: Ungarn habe sich klar zum Gewaltverzicht für die Lösung regionaler Differenzen bekannt, stehe jedoch ggf. zu militärischen Sanktionen im ehemaligen Jugoslawien; die zivile Kontrolle der Streitkräfte sei gewährleistet und auf Staatsoberhaupt, Regierung und Parlament verteilt, wobei der Legislative eine entscheidende Rolle sowohl bei der Gestaltung des Verteidigungshaushalts als auch bei etwaigen Truppeneinsätzen außerhalb der Landesgrenzen zukomme; der Umbau der Streitkräfte in Anlehnung an NATO-Strukturen schreite zügig voran, wie erste gemeinsame Übungen zeigten. Angesichts des bereits Erreichten nannte der ungarische Verteidigungsminister das Jahr 2000 als realistisches Datum für den Beitritt seines Landes zur NATO (bei vorheriger Aufnahme in die Europäische Union).

Weiterhin lagen dem Ausschuß zwei Sonderberichte zur Erweiterungsthematik vor: Abg. **Karsten D. Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) erläuterte seinen Briefwechsel mit den assoziierten Delegationen der mittel- und osteuropäischen Staaten und befürwortete im Ergebnis erneut eine baldige Erweiterung des Bündnisses als notwendigen Schritt zur Projektion von Stabilität nach Osten. Hierfür forderte er einen umfassenden, kreativen und flexiblen Ansatz; der Schlüssel liege in der Verbindung von Integration der Nachbarstaaten und intensiver Zusammenarbeit mit Rußland und der Ukraine. Abg. **Tamas Wachsler** (Ungarn) hatte sich mit der Sonderfrage einer Erweiterung der Nordatlantischen Versammlung befaßt. Er forderte, den heute assoziierten Delegationen unabhängig vom NATO-Beitritt ihrer Staaten schrittweise volle Mitgliedsrechte in der NAV einzuräumen, wodurch der Versammlung auch die einmal besetzte Vorreiterrolle erhalten bliebe.

Als Gastredner zum Thema präsentierte **Dr. Stephen Larrabee,** Analytiker bei der Rand Corporation, eine für das US-Verteidigungsministerium erstellte Studie der möglichen Erweiterungsszenarien. Er unterschied einen „evolutionären Ablauf" über zehn Jahre, bei dem die EU eine Hauptrolle zu spielen hätte, eine Variante der „Stabilitätsprojektion" über fünf Jahre, in welcher der NATO größere Bedeutung zukäme, und schließlich die Option der „strategischen Reaktion" auf künftige Entwicklungen, die faktisch vorerst Rußland die Initiative überließe. In jedem Fall käme der Entwicklung in der Ukraine große Bedeutung als „Testfall" zu.

Larrabees Hinweis auf Isolations- und Destabilisierungsängste in Rußland wurde von **Dr. Sergej Rogov,** Leiter des russischen Zentrums für Nationale Sicherheitsfragen und Internationale Beziehungen, sogleich aufgegriffen: Dieser warnte, unter Hinweis auf die für 1996 in Rußland wie in den USA anstehenden Präsidentschaftswahlen, dringend davor, durch vorschnelle Schritte den „selbstisolierenden Kräften" in Rußland Vorschub zu leisten. Hinsichtlich möglicher Maßnahmen zur Verringerung russischer Besorgnisse kamen sich beide Gastredner sehr nahe: Regelmäßige Konsultationen zur Definition gemeinsamer Interessen sowie Mechanismen zur Formulierung und Umsetzung gemeinsamer Entschlüsse, evtl. im Rahmen der OSZE, hielten beide für am besten geeignet, einer Erweiterung der NATO viel von ihrer Bedrohlichkeit für Rußland zu nehmen.

Eine große Mehrheit unter den Delegierten sprach sich – nicht zuletzt eingedenk des Tagungsortes – klar für eine baldige Erweiterung des Bündnisses aus; Differenzen zwischen einzelnen Beitrittskandidaten, wie im Falle Rumäniens und Ungarns, müßten allerdings vorher beigelegt sein. Lediglich Abg. **Pjotr Schirschow** (Russische Föderation) führte aus, die NATO als aus der Konfrontation geborener militärischer Block sollte nicht auf Kosten der OSZE, in der Rußland Vollmitglied sei, ins Zentrum der europäischen Sicherheitsstrukturen gestellt werden. Dem entgegnete Abg. **Karsten D. Voigt** unter Hinweis auf die Umwandlung der WEU bei Aufnahme Deutschlands, gerade die – neuen Zwecken angepaßten – westlichen Strukturen eigneten sich am besten für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem.

Auch der NATO-Oberbefehlshaber Atlantik, General **John J. Sheehan** (USA), sprach sich in einer Vorbemerkung zu seinen Ausführungen indirekt für eine Erweiterung aus, indem er an die langfristigen politischen Erwägungen erinnerte, die jeweils der Beitritt Deutschlands, Griechenlands, der Türkei oder Spaniens entschieden hätten. In Fortsetzung seines Vortrags vom Herbst 1994 zur Erneuerung der militärischen Strukturen des Bündnisses regte General Sheehan sodann die Bildung von „Funktionalen Kommandos" für Unterstützungsaufgaben (Transport, Versorgung, Aufklärung) sowie von „Regionalkommandos" (anstelle der Zwischenstufen der bisherigen NATO-Befehlsstruktur) an, um den Einsatz der neuen Streitkräftekommandos möglichst effektiv zu

flankieren. Angesichts zurückgehender Finanzmittel und eines Beschaffungszyklus, der hinter dem Rhythmus des technologischen Fortschritts zurückbleibe, sei es heute wichtiger, in Aufklärungs-, Führungs- und Ausbildungskapazitäten zu investieren als in Waffensysteme oder militärische Infrastrukturmaßnahmen.

Bei der Erörterung des von Abg. **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) vorgelegten Zwischenberichts zum Problem der Landminen blieb die von einigen erwartete Kompetenzdebatte aus: Die Delegierten sprachen sich übereinstimmend dafür aus, die menschlichen und sozioökonomischen Langzeitfolgen des militärischen Einsatzes von Minen näher zu untersuchen, und unterstützten mehrheitlich die vom Berichterstatter erhobene Forderung nach einem Verbot dieser Kampfmittel. Abg. **Walter Kolbow** (Bundesrepublik Deutschland) machte deutlich, daß auch die deutsche Politik parteiübergreifend für ein vollständiges Verbot eintrete, und forderte konkrete Unterstützungsmaßnahmen für die betroffenen Länder, die ggf. nach dem Verursacherprinzip zu finanzieren seien. Die Aussprache soll auf der Herbsttagung in Turin unter Hinzuziehung von Minenexperten fortgesetzt werden.

Im Nachgang zu den in Washington erfolgten Wahlen hatte der Ausschuß schließlich das Amt des Zweiten Berichterstatters im Unterausschuß Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit zwischen Europa und Nordamerika zu besetzen. Die von der US-Delegation eingebrachte Nominierung des Abg. **Joel Heffley** (USA) für diese Funktion wurde einstimmig angenommen.

Ausschuß für politische Angelegenheiten

Der Politische Ausschuß tagte am 28. Mai 1995 unter Vorsitz des Abg. **Gerald B. Solomon** (Vereinigte Staaten). Der Ausschuß behandelte den Entwurf des Generalberichts von Abg. **Jan Petersen** (Norwegen), den Bericht des Unterausschusses Osteuropa und ehemalige Sowjetunion des Abg. **Maurice Blin** (Frankreich) sowie den Berichtsentwurf des Unterausschusses Südregion von Abg. **Rodrigo de Rato** (Spanien). Außerdem wurden aus dem Kreis der Arbeitsgruppe Transatlantische und Europäische Organisationen ein Zwischenbericht von Abg. **Bruce George** sowie Sonderberichtsentwürfe von Berichterstattern assoziierter Delegationen, **Viacheslaw Nikonow** (Russische Föderation), **Petre Roman** (Rumänien) und **Longin Pastusiak** (Polen) vorgelegt. Vor dem Ausschuß sprachen als Gastredner der **ungarische Außenminister Lazlo Kovacs,** der **Präsident des Instituts für Medienforschung** und ehemalige US-Sonderunterhändler in der KSZE-Konferenz über Nagorno-Karabach sowie frühere Spezial-Koordinator für Zypern, **John J. Maresca,** und **Evgueni Volk,** Koordinator des Moskauer Büros der Heritage-Stiftung.

Der **ungarische Außenminister Lazlo Kovacs** behandelte in seiner Ansprache die Voraussetzungen einer neuen Sicherheitsstruktur, die bislang in den mittel- und osteuropäischen Staaten fehle und deren Schaffung dringend erforderlich sei. Kovacs betonte, daß die durch die neuen Gefahren – Nationalismus, Verletzung von Minderheitenrechten, Schwäche der demokratischen Einrichtungen – entstehenden Konflikte auch Auswirkungen auf den Westen hätten. Erforderlich sei daher eine wirksame Krisenverhütung, die er als besser und kostengünstiger bezeichnete als Krisenbeseitigung. Er sprach sich grundsätzlich für die Schaffung einer pan-europäischen Sicherheitsstruktur aus, wobei keine neue Organisation geschaffen, sondern die vorhandenen ausgebaut und stärker miteinander verknüpft werden sollten.

Als Prinzipien für die künftige Sicherheitsarchitektur nannte er zum einen die Unteilbarkeit der Sicherheit und wies darauf hin, daß Sicherheit nicht nur militärische, sondern auch zivile Dimensionen, insbesondere im Hinblick auf die Minderheitenproblematik, umfasse. Er forderte eine Zusammenarbeit der Organisationen, die nicht von Überschneidungen oder Rivalität, sondern von Komplementarität gekennzeichnet sein müsse. Eine Hierarchie dürfe es ebenfalls nicht geben, sondern die jeweiligen Vorteile der Organisationen müßten ausgeschöpft werden. Während die OSZE das umfassendste Mandat besitze, biete die NATO als einzige Organisation eine zuverlässige Verteidigung; die Europäische Union wiederum, wie auch der Europarat, sorge für politische Stabilität.

Als Eckpfeiler der künftigen europäischen Struktur nannte der ungarische Außenminister verschiedene Säulen: als erste Säule die NATO und die EU/WEU, die sich nach Osten öffnen müßten. Als zweite Säule bezeichnete er die OSZE im Hinblick auf Krisenverhütung und -bewältigung. Hierbei bewertete er die bisherige Entwicklung der OSZE als durchaus erfolgreich, wie sich beispielsweise an der Mission in Berg-Karabach zeige. Als weiteren Pfeiler nannte der ungarische Außenminister ein Netz von Beziehungen der NATO mit den Nicht-Mitgliedstaaten, wie durch die Partnerschaft für den Frieden. Schließlich seien von erheblicher Bedeutung regionale Kooperationsstrukturen wie der Visegrad-Prozeß und letztlich die bilateralen Beziehungen, wobei er auf den erfolgreichen Abschluß von Verträgen mit der Ukraine, Slowenien und der Slowakei verwies.

Eingehend auf die Frage der NATO-Erweiterung, äußerte Kovacs Verständnis für die Dauer der Prozesse und die Bedenken verschiedener Mitgliedsländer. Die Erweiterung dürfe keine Beeinträchtigung der Sicherheit nach sich ziehen und keine Teilung des Kontinents bewirken, sei aber im Ergebnis unausweichlich. Schließlich werde die NATO von der Erweiterung selbst profitieren und Krisen besser bewältigen können.

Ungarn wünsche den Beitritt zur NATO nicht aus Angst vor Bedrohung, sondern wolle die Eingliederung in die euro-atlantischen Strukturen erreichen, wobei eine Mitgliedschaft in der NATO Hand in Hand mit einem Beitritt zur EU erfolgen könne. Ungarn wolle nicht nur Nutznießer der Strukturen sein, sondern selbst einen Beitrag leisten. Kovacs unterstrich außerdem, Rußland habe in Gesprächen auf die Souveränität der Entscheidung Ungarns über einen NATO-Beitritt hingewiesen. Abschließend be-

grüßte er die Durchführung der NAV-Tagung in Budapest, die ein wichtiges Signal für die Einbindung seines Landes bedeute.

In der anschließenden Diskussion fragte Abg. **Markus Meckel** (Bundesrepublik Deutschland) unter Bezugnahme auf die genannten Äußerungen von russischer Seite, ob Außenminister Kovacs den Beitritt seines Landes zur NATO vor der Mitgliedschaft der anderen Kandidaten, insbesondere der Tschechischen Republik und Polens erwarte. Kovacs erklärte, daß kein Konkurrenzkampf um die Mitgliedschaft gewünscht sei. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß möglichst viele Länder die Bedingungen für einen Beitritt möglichst schnell erfüllen, wobei allerdings Ungarn nicht warten wolle, bis alle mittel- und osteuropäischen Staaten diesen Punkt tatsächlich erreicht hätten.

Anschließend stellte Abg. **Petersen** (Norwegen) den Generalbericht vor und behandelte zunächst die Frage der europäischen Sicherheit und Verteidigung. Hierbei ging er auf die vorläufigen Schlußfolgerungen des WEU-Ministerrats in Bezug auf die Formulierung einer Gemeinsamen Europäischen Verteidigungspolitik ein, auf die Ergebnisse des Budapester OSZE-Gipfels sowie das Konzept der alliierten Streitkräftekommandos. Im Hinblick auf die Diskussion um die Erweiterung der NATO forderte Petersen, die nationalen Parlamente sollten in dieser besonders wichtigen Frage Einfluß auf ihre Regierungen nehmen. Der Berichterstatter befaßte sich weiter mit den Problemen einer strategischen Partnerschaft mit Rußland. Außerdem sprach er den vom britischen Verteidigungsminister Rifkind gemachten Vorschlag der Gründung einer atlantischen Versammlung an, die aus amerikanischen und europäischen Parlamentariern bestehen solle, wobei er die Schaffung eines neuen Gremiums angesichts der existenten und funktionierenden Nordatlantischen Versammlung als überflüssig bezeichnete.

In der Debatte gingen zahlreiche Redner auf die Rolle der NAV im Hinblick auf die Schaffung einer atlantischen Versammlung ein. Dabei wurde kritisiert, daß Regierungen – wie sich an den Äußerungen Rifkinds zeige – offenbar nicht ausreichend über die Tätigkeit der NATO-Parlamentarier informiert seien. Neben einem verstärkten Kontakt zu den Regierungen wurde auch eine Verstärkung der Beziehungen zu den nationalen Parlamenten gefordert sowie intensivere Bemühungen um größere Publizität der Arbeit der NAV. Angeregt wurde außerdem die Schaffung einer Arbeitsgruppe im Rahmen des Politischen Ausschusses, die sich mit der Rolle der NAV im Zusammenhang mit der NATO-Erweiterung befassen solle. Diskutiert wurde auch das Verhältnis von NATO und WEU sowie EU, wobei die Verknüpfung der Erweiterungsbestrebungen im Vordergrund stand.

Abg. **Klaus Francke** (Bundesrepublik Deutschland) ging in seinem Diskussionsbeitrag ebenfalls auf die Rolle der WEU auch als europäischer Pfeiler der Allianz ein und betonte, die Vereinigten Staaten könnten zu Recht ein stärkeres Engagement der Europäer erwarten. Er warnte weiter vor einer Verkürzung der Diskussion um die NATO-Erweiterung auf die Visegrad-Staaten und sprach sich für eine verbesserte institutionelle Einbindung der Versammlung in die NATO aus.

Der **Präsident des Instituts für Medienforschung** und ehemalige US-Sonderunterhändler in der KSZE-Konferenz über Nagorno-Karabach sowie frühere Spezial-Koordinator für Zypern, **John J. Maresca,** ging in seinem Vortrag insbesondere auf die Beziehungen zu Rußland ein, in deren Rahmen er vier Faktoren nannte, die maßgeblich zu berücksichtigen seien.

Als ersten Faktor nannte Maresca den russischen Nationalismus. Er wies darauf hin, daß nach Meinungsumfragen sich nahezu die Hälfte der russischen Elite gegen eine NATO-Mitgliedschaft ausgesprochen habe und 70 % der Bevölkerung der Zerschlagung der Sowjetunion negativ gegenüberstehe. Gefordert werde die Erhaltung russischer Einmaligkeit. Der zweite Faktor, der in Rechnung gestellt werden müsse, sei der amerikanische Neo-Isolationismus. Der früher herrschende Konsens über das Interesse der USA an Einmischung auch in nicht unmittelbar eigene Angelegenheiten bestehe nicht mehr. Ebenso wie in Rußland habe in den USA die Innenpolitik nunmehr einen höheren Stellenwert als die Außenpolitik. Eine Fortsetzung dieser Tendenzen bezeichnete der Redner als verheerend. Als dritter Faktor müsse das europäische Eigeninteresse in Rechnung gestellt werden, wobei Maresca kritisierte, daß Europa zu stark auf den eigenen Wohlstand fixiert sei. Dabei habe man nicht deutlich genug auf die Probleme in Bosnien als moralische Herausforderung reagiert. Die Grenzen internationaler Organisationen stellte Maresca als vierten Faktor vor. Das Grundproblem bestehe in der Tatsache, daß die Organisationen keinen eigenen unabhängigen Willen hätten, sondern lediglich die Summe der nationalen Interessen verkörpern könnten, so daß bei Handlungsunwilligkeit einzelner Staaten es nicht zu Aktionen kommen könne. Eingehend auf die Rolle der NATO bemerkte Maresca, daß das früher unstreitige Interesse der USA an einem Einsatz in Europa nicht mehr uneingeschränkt gelte. Der Krieg in Jugoslawien zeige das vorhandene Sicherheitsvakuum, das am schnellsten durch eine Erweiterung der NATO zu schließen sei. Dies entspreche im Ergebnis auch den Bedürfnissen Rußlands, das auch kein Interesse an instabilen Nachbarländern haben könne.

Im Anschluß stellte Abg. **Marcus** (Frankreich) anstelle des abwesenden Berichterstatters Blin (Frankreich) den Zwischenbericht des Unterausschusses für Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion zum Thema **Partnerschaft für den Frieden und Stabilitätspakt für Europa: ein Stabilitätskonzept für ein ungeteiltes Europa** vor. Marcus erläuterte die bisherigen Entwicklungen der Partnerschaft für den Frieden, der nunmehr 25 Staaten angeschlossen seien. Als positiv werde bewertet, daß die Partnerschaft einen Rahmen für Zusammenarbeit biete, in dem die Fähigkeit jedes Partners bewertet werden könne, die mit einem Beitritt verbundenen Pflichten zu erfüllen. Für diejenigen, die keine Mitgliedschaft anstrebten, sei dennoch eine enge Kooperation mit der NATO möglich. Es gebe jedoch auch kritische Stimmen, in deren Augen die Partnerschaft für den Frieden der NATO eher

eine Atempause verschaffe, bevor wichtige Entscheidungen getroffen würden. Als wichtigen nächsten Schritt bezeichnete Marcus die von der NATO in Auftrag gegebene Studie, die Aufschluß über die Art der Erweiterung und die für diesen Prozeß geltenden Grundsätze und Auswirkungen der Mitgliedschaft geben werde. Abg. Marcus mahnte, bei der Erweiterung auch die psychologische Komponente zu berücksichtigen und die notwendige Transparenz sicherzustellen. Dabei ging er auch auf diskutierte Modelle für eine Einbindung Rußlands ein.

Eingehend auf den Stabilitätspakt erläuterte der Berichterstatter zunächst dessen Ziel, den Aufbau eines einigeren und solidarischeren Europas, das sich dem Dialog und der Zusammenarbeit öffnet, sowie die weiteren Schritte zu seiner Umsetzung. In diesem Zusammenhang forderte der Berichterstatter Ungarn und Rumänien dringend auf, einen Vertrag im Geiste des slowakisch-ungarischen Abkommens zu schließen. Grundsätzlich wertete er den Stabilitätspakt als einen zwar bescheidenen, aber realen Fortschritt auf dem Wege zu einem neuen Europa.

Im Verlauf der anschließenden Debatte wurde auf die Frage der Minderheitenproblematik zwischen Ungarn und Rumänien eingegangen. Hingewiesen wurde auch auf die noch nicht abschließend geregelten Fragen zwischen der Ukraine und Rumänien. Der Stabilitätspakt mit seinem multinationalen Ansatz wurde als optimales Signal bezeichnet.

Abg. **Longin Pastusiak** (Polen) stellte im Anschluß daran den Entwurf des Sonderberichts der Arbeitsgruppe transatlantische und europäische Organisationen zum Thema **Zivile Kontrolle der Streitkräfte der Republik Polen** vor.

Er wies auf die Schwierigkeit hin, das beim Militär gegebene Mißtrauen gegenüber Zivilpersonen im Verteidigungsministerium abzubauen. Umgekehrt müßten sich auch die mit der Leitung des Verteidigungsministeriums betrauten Zivilpersonen mit den Eigenheiten des Militärs vertraut machen. Die Verfassung aus dem Jahre 1992 enthalte Widersprüche, soweit der rechtliche Status im Hinblick auf die Frage des Oberbefehls, die Weisungsbefugnis und die Kontrolle der Streitkräfte betroffen sei. Gegenwärtig werde im verfassungsgebenden Ausschuß der Nationalversammlung am Entwurf für eine neue Verfassung der Republik gearbeitet. Von dieser erwarte man eine endgültige Regelung der Zuständigkeitsbereiche der staatlichen Organe im Verteidigungssystem. Dabei wolle Polen die Erfahrungen der Länder nutzen, die bereits eine längere Tradition der zivilen Kontrolle der Streitkräfte vorweisen könnten.

Abg. **Gama,** Vorsitzender des Unterausschusses Südregion, stellte anstelle des Berichterstatters Rodrigo de Rato (Spanien) den **Zwischenbericht des Unterausschusses Südregion** vor.

Dabei hob Gama den Erfolg aktiver Unterstützung der NAV für ein auf den Süden ausgerichtetes Outreach-Programm des Bündnisses hervor, der sich in der Entscheidung der NATO niederschlage, die Mittelmeer-Initiative einzuleiten. Unter Hinweis auf die Tatsache, daß von derzeit 26 Konflikten 11 in der Südregion stattfinden, erklärte er, Ziel für den Mittelmeerraum müsse innere und umfassende Stabilität und Sicherheit sein, wobei Sicherheit sich nicht nur militärisch definieren lasse. Als maßgebliche Grundsätze nannte er: die Achtung der Grenzen, die Beschränkung und Kontrolle der Massenvernichtungswaffen, die Achtung der nationalen Besonderheiten und Bürgerrechte, die langfristige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Ausweitung des Freihandels in der gesamten Region. Als besonderes Konfliktpotential bezeichnete der Berichterstatter das Wohlstandsgefälle zwischen den europäischen Ländern und den Maghreb-Staaten. Gama gab eine Reihe von Beispielen für die Auffassung, die die Notwendigkeit einer stärkeren Einbeziehung des Mittelmeerraums bestätigen. Jedoch dürfe die Vermittlung von Stabilität für den Süden nicht so geschehen, daß dies als Konfrontation ausgelegt werden könne. Ebenfalls müsse dafür Sorge getragen werden, daß unterschiedliche Meinungen der Bündnispartner bei Themen in bezug auf den Nahen Osten nicht zu einer Aushöhlung der Allianz führen dürften. Auch dürfe die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Südregion nicht die Beziehungen zwischen Nachbarländern verschärfen.

In der Debatte wurde die Bedeutung der NATO-Initiative hervorgehoben und die Notwendigkeit, den Ursachen von Krisen u. a. durch wirtschaftliche Hilfe zu begegnen. Es wurde gemahnt, die Südregion nicht im Sinne einer Bedrohung zu bewerten, sondern den Aspekt der Partnerschaft in den Vordergrund zu stellen.

Der Ausschuß befaßte sich außerdem mit dem Sonderbericht des Abg. **Petre Roman** (Rumänien) zum Thema **Verständnis und Garantie der gemeinsamen Sicherheit: Eine große Herausforderung für uns alle – eine Perspektive zwischen den Stühlen.** Der Berichterstatter ging auf die zunächst positiven Entwicklungen im Jahr 1994 ein, in dem die NATO begonnen hatte, die praktischen Grundlagen für die Erweiterung auszuarbeiten. Nach der russischen Weigerung zur Unterzeichnung der Partnerschaft für den Frieden abgegebene Kommentare seitens der NATO hätten betont, daß es für eine Diskussion über den zeitlichen Rahmen der Erweiterung oder die Beitrittskandidaten noch zu früh sei. Dies habe den Optimismus der beitrittswilligen Länder sehr geschwächt. Eingehend auf die russische Haltung gegenüber der NATO-Erweiterung und der Partnerschaft für den Frieden forderte Roman, Rußland dürfe nicht länger davon ausgehen, die Entscheidungen souveräner Staaten mitbestimmen zu können. Er würdigte weiter die Rolle der NATO als Garant der Stabilität durch Sicherung eines demokratischen Umfeldes und betonte, in Rumänien seien 83 % der Bevölkerung für eine Integration seines Landes in die NATO. Rumänien sei bereit, alles erforderliche zu tun, um die Voraussetzungen zu erfüllen, wobei Roman auf die Mitwirkung Rumäniens in internationalen Gremien sowie auf die Bereitschaft, alle Übereinkünfte im Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte zu beachten und die begonnene Anpassung der rumänischen Gesetzgebung an die Anforderungen einer demokratischen Gesellschaft besonders hinwies.

In der Debatte wurde von russischer Seite bestritten, daß Rußland ein Vetorecht gefordert oder die Erweiterung der NATO als Provokation bezeichnet habe. Die Erweiterung trage zur unerwünschten Stärkung undemokratischer Kräfte in Rußland bei und fördere die Unsicherheit.

Als letzter Punkt auf der Tagesordnung des Politischen Ausschusses stand der Sonderbericht des russischen Abgeordneten **Vyascheslav Nikonov** zum Thema **Transatlantische Sicherheit – Über die Grenzen der NATO hinaus,** der lebhaft diskutiert wurde. Der Berichterstatter ging zunächst auf die NATO-Erweiterung ein, zu der in Rußland keine einheitliche Haltung vorherrsche. Allerdings wende sich die Mehrheit gegen eine Ausdehnung des Bündnisses.

Als Bedingungen für weiteren Fortschritt der Reformen in Rußland nannte er drei Punkte: Privatisierung, freie Wahlen und Pressefreiheit. Hier seien bereits Erfolge zu verzeichnen, aber auch noch viel Widerstand vorhanden. So mische sich der Staat immer noch in Wirtschaftseigentum ein; die demokratischen Einrichtungen litten unter einer starren Bürokratie. Nikonov wies auf zahlreiche Probleme hin, denen Rußland heute gegenüberstehe. So sei ein Anstieg von Korruption und Verbrechen zu verzeichnen, was das Vertrauen in den Rechtsstaat unterminiere. Der Zusammenbruch des alten Regimes habe eine Krise der Nationalidentität ausgelöst, was nostalgische Gefühle im Hinblick auf die frühere Situation begünstige. Es herrsche Enttäuschung über mangelnde Hilfe aus dem Westen vor. Die NATO sei eine leichte Zielscheibe der Kritik und werde von Politikern als Sündenbock mißbraucht, um von eigenen Fehlern abzulenken. Die Menschen stünden unter dem Eindruck, daß das westliche Gesellschaftsmodell Schuld trage an ihren derzeitigen Schwierigkeiten; auch sei die Mehrheit der Bevölkerung wenig informiert über die jetzige Rolle der NATO. Wesentliche Aspekte, die die nicht-militärischen Dimensionen beträfen, würden in der Öffentlichkeit nicht genannt. So erscheine die NATO als aggressiver Block, der eine Bedrohung für Rußland darstelle. Auch seitens der NATO werde zuwenig getan, um dieses Bild in Rußland zu verändern. Er empfahl deshalb eine verbesserte Informationspolitik der NATO, eine verstärkte bilaterale Kooperation zwischen NATO und Rußland, eine stärkere militärische Einbindung Rußlands sowie gesonderte Bildungsprogramme für sein Land.

In der Debatte betonte Abg. **Sir Geoffrey** (Vereinigtes Königreich) den Willen zur Kooperation mit Rußland, kritisierte aber, daß in dem Bericht eine Aufgabe der Institutionen verlangt werde, die sich bewährt hätten. Dies wurde vom Berichterstatter als Mißverständnis zurückgewiesen, vielmehr sei an eine neue Vereinbarung gedacht. Hervorgehoben wurde von Senator **Bill Roth** (Vereinigte Staaten), daß Rußland nicht den Eindruck erhalten dürfe, daß es isoliert werde. Daher sei eine Strategische Partnerschaft mit dem Westen von Bedeutung. Allerdings könne Rußland nicht als tatsächlich isoliert bezeichnet werden: so sei es Mitglied der OSZE, erhalte Finanzhilfen aus der EU und habe besondere Beziehungen zu Deutschland und den USA. Insgesamt könne Rußland auf mehr Ressourcen zurückgreifen als andere Länder. Das Verhältnis des Westens zu Rußland werde nicht durch die NATO-Erweiterung geprägt, sondern durch die russische Reaktion. NATO und Rußland müßten gemeinsam die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten betreiben, damit Rußland näher an Europa heranrücke.

Ein polnischer Delegierter erklärte, daß die NATO auch weiterhin kein System werden solle, in dem alle Staaten Mitglied werden könnten. Er wandte sich ebenfalls gegen eine angebliche Isolation Rußlands. Neben der Mitgliedschaft in anderen Institutionen hob er auch die GUS hervor, mit der Rußland einem Block angehöre. Ein Verzicht auf die Erweiterung der NATO nütze niemandem; im Ergebnis gebe man damit den undemokratischen Kräften in Rußland nach. Wenn von russischer Seite stets die Schwächung der demokratischen Kräfte ins Feld geführt werde, müsse Rußland sich fragen lassen, was es zur Überzeugungsbildung im eigenen Land veranlasse. Hierauf erwiderte Abg. Nikonov, daß die NATO, wie die Außenpolitik insgesamt, kein Thema in der Öffentlichkeit darstelle. Zwar habe man sich bemüht, auf ein positiveres Image der NATO hinzuwirken, aber seit Beginn der Erweiterungsdebatte stoße dies auf noch größere Schwierigkeiten. Im übrigen sei hier die NATO selbst gefordert.

Wirtschaftsausschuß

Der Wirtschaftsausschuß tagte in Abwesenheit seines Vorsitzenden, Abg. **Bliley** (Vereinigte Staaten), am 28. Mai 1995 unter der Leitung von Abg. **van Gennip** (Niederlande).

Der Ausschuß beriet den von Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) vorgelegten Generalbericht über „Derivate und Währungshandel in der Weltwirtschaft", den von Abg. **Zijlstra** (Niederlande) verfaßten Zwischenbericht des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz" über „Die Realität der EU-Erweiterung: größer und flacher?" sowie den ebenfalls von Abg. **Zijlstra** (Niederlande) verfaßten Sonderbericht „Tschechien: Ein Modellfall für wirtschaftlichen Wandel".

Zu Beginn der Sitzung unterstrich der Vorsitzende Abg. **van Gennip** (Niederlande) die historische Bedeutung der Frühjahrstagung der Nordatlantischen Versammlung, die erstmals in einem Staat des früheren Warschauer Paktes stattfand und dankte den ungarischen Gastgebern. Anschließend bat er den Finanzminister der Republik Ungarn, **Lajos Bokros,** über den Reformprozeß und die wirtschaftlichen Perspektiven in Ungarn zu referieren. Der Finanzminister gab einen kurzen Überblick über die Ausgangslage in Ungarn, die von hoher Auslandsverschuldung, einem zentralistischen System und einem Wohlfahrtsstaat geprägt gewesen sei. Er hob die Anstrengungen, die sein Land bei der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neuorientierung unternommen habe, hervor und betonte, daß die Regierung in Budapest dabei eine realistische Haltung einnehme. Man sei sich sehr wohl bewußt, daß trotz des eingeleiteten Reformprozesses das Haushaltsdefizit weiter

wachse. Daher habe die Regierung ein Sparprogramm verabschiedet, das u. a. den Abbau des Sozialstaates und die Privatisierung der staatlichen Energieunternehmen, Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie Banken vorsehe, um die erforderlichen Kriterien einer Aufnahme in die Europäische Union so bald wie möglich zu erfüllen.

In der anschließenden Debatte führte Senator **Gaud** (Frankreich) an, daß das Außenhandelsdefizit sehr hoch sei und warf die Frage auf, ob der IWF noch in diesem Jahr ein „stand-by-agreement" befürworten werde. Darauf antwortete **Lajos Bokros**, daß aus Sicht der ungarischen Regierung der IWF ein „stand-by-agreement" noch dieses Jahr genehmigen werde. Auf die Frage von Abg. **Lattmann** (Bundesrepublik Deutschland) zu den noch bestehenden Beschränkungen für den Kapitaltransfer und den Erwerb von Grundstücken eingehend, bemerkte **Lajos Bokros**, daß der Kapitalexport und der Grunderwerb durch Investoren weiter liberalisiert werde, allerdings der Grunderwerb für Privatpersonen noch nicht möglich sei. Abg. **Zijlstra** (Niederlande) knüpfte an die Ausführungen zur hohen Arbeitslosigkeit an und stellte in Frage, ob die im März 1995 eingeführte Einfuhrabgabe ein taugliches Mittel zur Stützung der ungarischen Wirtschaft sei. Finanzminister **Lajos Bokros** entgegnete hierzu, daß diese bis 1997 eingeführte Maßnahme den ungarischen Export fördere, da in diesem Falle die Importsteuer dem Unternehmen zurückerstattet werde. Auf die Frage von Minister **Rudi Geil** (Bundesrepublik Deutschland), ob in Ungarn das Haushaltsdefizit ebenfalls so stark durch Altschulden verursacht sei wie in den neuen Bundesländern, bejahte **Lajos Bokros** dies.

Anschließend faßte Abg. **Zijlstra** (Niederlande) den Zwischenbericht des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz" über die Erweiterung der Europäischen Union zusammen. Vor dem Hintergrund der sechs abgeschlossenen Europa-Abkommen, wies Abg. **Zijlstra** (Niederlande) insbesondere auf den vereinbarten Abbau von Handelshemmnissen hin, der allerdings von den assoziierten Staaten als nicht weitreichend genug angesehen werde. Der Bericht widmete ein weiteres Kapitel den Erfolgen und Schwierigkeiten bei den Reformen und bezog auch die wichtige Rolle der Vereinigten Staaten in einem erweiterten Europa mit ein. Abschließend hob der Berichterstatter hervor, die Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa sei auch wichtig für die Stabilität in Europa und setzte seine Hoffnung auf das für Juni von der Kommission angekündigte Weißbuch zur Heranführung der assozierten Staaten an den Binnenmarkt.

Senator **Gaud** (Frankreich) hob zu Beginn seiner Ausführungen hervor, daß jede Erweiterung der EU mit Schwierigkeiten verbunden gewesen sei, aber die strukturelle Anpassung immer erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Gleichzeitig mahnte er die assoziierten Staaten zur Geduld und gab zu bedenken, daß die Heranführung nicht übereilt vorangetrieben werden dürfe. Eine baldige Aufnahme der Länder Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union sei zwar erwünscht, doch bis zum Jahr 2000 kaum realisierbar. In diesem Kontext sei auch der sensible Agrarbereich zu beachten, der einer weiteren finanziellen Belastung nicht gewachsen sei. Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) knüpfte an die Ausführungen von Abg. **Gaud** (Frankreich) an und bemerkte, daß eine Reform der Agrarsubventionen unabhängig von der bevorstehenden Erweiterung überfällig sei. Im Mittelpunkt der weiteren Diskussion stand das Weißbuch zur Heranführung der assoziierten Staaten an den Binnenmarkt. Alle Delegierten waren sich darüber einig, daß dieses Weißbuch die erforderlichen Weichen für eine Erweiterung stelle. Der Abg. **Spini** (Italien) gab zu bedenken, daß die Annäherung der mittel- und osteuropäischen Länder nicht dazu führen dürfe, daß der Dialog mit den Mittelmeerländern in den Hintergrund gerate.

Der Generalberichterstatter **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) stellte den Entwurf seines Generalberichtes „Derivate und Währungshandel in der Weltwirtschaft" vor. Der Bericht gab einen ausführlichen Überblick über die Gründe des Dollarverfalls und die daraus entstehenden wirtschaftlichen Vor- und Nachteile für die USA, Europa und Asien. Dabei ging er insbesondere darauf ein, daß die Regierungen und Zentralbanken die Dynamik der Märkte nicht mehr so kontrollieren können wie in der Vergangenheit. Als Ursache dafür sei das Verhalten der Devisenhändler zu sehen, die Währungsinitiativen zum Anlaß zu nehmen, große Geldmengen abzustoßen und so den positiven Zweck von Zinssenkungen aufzuheben. Die amerikanische Regierung zeige unterdessen eine gewisse Bereitschaft die Schwächung des Dollars zuzulassen, da die amerikanische Wirtschaft ein solides nichtinflationäres Wachstum aufweise, die Renten- und Aktienmärkte gut liefen und im Exportsektor große Gewinne erzielt werden. Dies habe zur Folge, daß die Rolle des Dollars als Reservewährung in Frage gestellt werde. Wegen der Schwäche einzelner Währungen, seien Währungsblöcke gefragt, die sich in Asien um den Yen, in Nord- und Südamerika um den Dollar und in Europa um die Mark herum bildeten, wobei in Europa Deutschland weiterhin eine einheitliche Währung unterstütze.

Senator **Sylvain** (Kanada) stellte die mögliche Kontrolle des Devisenhandels für die Zukunft sehr in Frage. Auf Bitte des Vorsitzenden Abg. **van Gennip** (Niederlande) kommentierte Senator **Regula** (Vereinigte Staaten) die Haltung der Vereinigten Staaten. Einleitend ging er auf die derzeit steigende Produktivität, sinkende Inflationsrate, fallende Arbeitslosenquote sowie auf Pläne zum Abbau des Außenhandelsdefizits ein. Angesichts des positiven Verlaufes der amerikanischen Wirtschaft sah er daher keinen Handlungsbedarf für ein System der festen Währungen. Der Berichterstatter **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) begrüßte die positive Entwicklung in den Vereinigten Staaten, und bestätigte, daß die eingebaute Instabilität der fließenden Währungskurse kein Grund sei, auf feste Währungskurse zurückzugreifen. Dabei sei jedoch entscheidend, daß die drei Kernwährungen stabil blieben.

Zuletzt erörterte der Ausschuß den Entwurf des Sonderberichts „Tschechien: Ein Modellfall für wirt-

schaftlichen Wandel". Der Berichterstatter Abg. **Ziljstra** (Niederlande) betonte, daß die Tschechische Republik eine entschlossene Politik zur Vorbereitung des Beitritts in der Europäischen Union betreibe. Im dritten Jahr ihrer Unabhängigkeit sei die gesamtwirtschaftliche Lage viel besser, als die meisten ausländischen Beobachter erwartet hätten. So sei die Bilanz von 1994 ein ausgeglichener Staatshaushalt, eine niedrige Inflationsrate, ein deutliches Wachstum, eine aktive Leistungsbilanz, eine stabile Währung, steigende Devisenreserven und die Aussicht auf die Herbeiführung der Konvertibilität der Krone in den Jahren 1996/1997. Der Berichterstatter wies jedoch gleichzeitig darauf hin, eine gründliche Analyse zeige, daß mangelnde Bestimmungen im Bankenwesen den positiven Prozeß gefährden könnten. Durch die liberale Vergabe von Lizenzen, habe sich ein unübersichtlicher Markt in den Bereichen Investmentfonds, Aktien und Banken entwickelt.

Senator **Gaud** (Frankreich) berichtete von den besonderen Beziehungen zwischen Frankreich und der Tschechischen Republik und unterstrich aufgrund eigener Erfahrungen die Darstellungen des Berichterstatters hinsichtlich der guten makroökonomische Lage in der Tschechischen Republik. Er teilte die Meinung des Berichterstatters, daß die Finanzmärkte in der Tschechischen Republik nicht transparent seien. Die Börse werde nicht von der Notenbank kontrolliert und das im Grunde strenge Konkursgesetz werde nicht ausreichend angewendet. Anschließend ergriff der Abg. **Swoboda** (Tschechische Republik) das Wort. Er räumte ein, daß es in diesem Bereich noch einige Mängel gebe, betonte aber zugleich, daß der Bericht nicht die neuesten Zahlen und Fakten aufweise. In der Zwischenzeit habe der Staat viel zur Regulierung dieses Bereiches getan. Der Ausschuß beschloß, den Bericht auf seiner nächsten Tagung in Turin erneut aufzugreifen.

Der Vorsitzende des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz", Abg. **Calha** (Portugal) berichtete über abgeschlossene und geplante Aktivitäten des Unterausschusses. In diesem Jahr hätten die Mitglieder des Unterausschusses eine Informationsreise in die Republik Polen unternommen und mit Staatspräsident Walesa, Vertretern der Regierung und Mitgliedern des Parlaments über die politische und wirtschaftliche Lage Gespräche geführt. Trotz hoher Arbeitslosigkeit und Inflation sei beabsichtigt, die Konvertierbarkeit der polnischen Währung anzustreben. Im September und Oktober dieses Jahres plane der Ausschuß weitere Reisen nach Slowenien und Minsk.

Abg. **van Gennip** (Niederlande) schloß die Sitzung des Wirtschaftsausschusses und teilte mit, daß der Ausschuß eingeladen sei, an dem Rose/Roth Seminar vom 11.–13. Juni 1995 in Bulgarien teilzunehmen.

Ausschuß für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuß für Wissenschaft und Technik tagte am 27. Mai 1995 unter dem Vorsitz von Senator **Earl Hastings** (Kanada).

Auf der Tagesordnung des Ausschusses standen die Erörterung des Entwurfs eines Sonderberichtes über Wissenschaft, Technologie und Partnerschaft für den Frieden von Abg. **Pierre Nolin** (Kanada), der Entwurf eines Generalberichtes über die nukleare Verbreitung von Abg. **Robert Banks** (Vereinigtes Königreich), der Entwurf eines Zwischenberichtes des Unterausschusses Verbreitung militärischer Technologie des Abg. **Sherwood L. Boehlert** (Vereinigte Staaten) sowie der Entwurf eines Sonderberichtes über Landminen und Räumung von Minen des Abg. **Vehbi Dincerler** (Türkei).

Als Gastredner hatte der Ausschuß den stellvertretenden Staatssekretär im ungarischen Außenministerium, **Dr. Andre Erdós,** sowie den Abteilungsleiter im ungarischen Umweltministerium, **Erno Kiss,** den Vertreter der Abteilung Wissenschaft und Umwelt der NATO, **Dr. Paul Rambaut** und Botschafter **Serguei Batsanov,** den zuständigen Direktor für Außenbeziehungen der Vorbereitungskommission der Organisation für das Verbot chemischer Waffen eingeladen. Darüber hinaus hörte der Ausschuß einen Vortrag von **Prof. William Potter,** dem Direktor des Projektes: „Neue nukleare Lieferanten" vom Monterey-Institut für internationale Studien und einen Vortrag eines Vertreters des Exekutivsekretariats der NATO.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wies **Lord Howell** (Großbritannien) darauf hin, daß die derzeitigen politischen Ereignisse in Jugoslawien und die von der NATO ergriffenen Maßnahmen Anlaß seien für eine Dringlichkeitsdebatte in der Nordatlantischen Versammlung. Er stellte daher den Antrag, die Krise in Bosnien im Ständigen Ausschuß zu diskutieren.

Nach der Verabschiedung der Tagesordnung und des Protokolls der Sitzung des Ausschusses vom 15. und 16. November 1994 in Washington hörte der Ausschuß den Vortrag von **Dr. Andre Erdós,** dem stellvertretenden Staatssekretär im ungarischen Außenministerium über die Verlängerungs- und Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags. Dr. Erdós wies darauf hin, daß 25 Jahre nach dem Inkrafttreten des NVV die vertraglich festgelegte Überprüfung einer unbefristeten oder befristeten Verlängerung des Vertrages auf der Konferenz in New York zu diskutieren war. Er betonte, daß die Mitgliederzahl des NVV ständig gestiegen sei und daß alle fünf Kernwaffenstaaten Vertragsparteien seien. Auch die GUS-Staaten seien dem Vertrag beigetreten, darunter die drei Kernwaffenstaaten Ukraine, Belarus und Kasachstan. Dem Vertrag gehörten mittlerweile 179 Mitglieder an, fast genauso viel Staaten wie in den Vereinten Nationen vertreten seien, und, es gelte nun das beabsichtigte Ziel der Universalität zu erreichen. Bei der nuklearen Abrüstung seien in den vergangenen Jahren große Fortschritte erreicht worden auch im Hinblick auf einen umfassenden Atomteststopp-Vertrag und das Verbot der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke (cut off).

Dr. Erdós ging auch auf die Kritik der blockfreien Staaten ein, die fehlende Sicherheitsgarantien durch die Kernwaffenstaaten gegenüber den Nichtkernwaffenstaaten bemängelten. Gefordert worden seien auch effizientere Kontrollmaßnahmen und verbes-

serte Exportkontrollen. Darüber hinaus sei eine größere Rechenschaftspflicht und verstärkte Transparenz beim Import von nuklearem Material gefordert worden. Im Hinblick auf die zeitliche Verlängerung des Vertrages sehe der Vertrag eine Mehrheitsentscheidung vor. 82 Staaten hätten sich für eine bedingungslose und unbefristete Verlängerung des Vertrags ausgesprochen. Die erforderliche Mehrheit wären jedoch 90 Staaten gewesen. Um eine Abstimmung zu vermeiden, bei der sich die geteilten Meinungen gezeigt hätten, habe man einen Formelkompromiß gefunden. Man formulierte, daß die Konferenz beschließt, daß der Vertrag für eine unbegrenzte Zeit verlängert werden wird, da hierfür eine entsprechende Mehrheit besteht.

Damit sei eine historische Entscheidung getroffen worden, welche die Entstehung neuer nuklearer Staaten verhindere und eine größere Vorhersehbarkeit ermögliche. Von dieser Konferenz seien auch Anstöße für weitere Abrüstungsgespräche ausgegangen. Das Doppelmandat der Konferenz sei zwar nur teilweise erreicht worden, dafür sei reiches Material vorhanden für weitere Schritte im Rahmen des NVV.

Der Vorsitzende des Ausschusses wies darauf hin, daß auch zwei Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Technik bei der Konferenz in New York vertreten waren.

Abg. **Ibrügger** stellte Dr. Erdós die Frage, wie er die Tatsache beurteile, daß Indien, Pakistan, Brasilien und Israel nicht Vertragsparteien des NVV seien. Dr. Erdós erwidert, daß solange keine regionalen Prozesse eingeleitet würden, kaum Chancen bestünden, daß diese Staaten dem NVV beitreten. Er wies auf den laufenden Friedensprozeß im Nahen Osten hin und darauf, daß ein Beitritt unwahrscheinlich sei, solange die Konflikte anhielten. Hier sei eine Politik der kleinen Schritte zu verfolgen. Was Pakistan und Indien beträfe, so seien sie seit vielen Jahren Rivalen. Die Staatengemeinschaft sollte ihnen jedoch zu verstehen geben, daß sie sich in einer noch isolierten Lage als in der Vergangenheit fühlen würden, wenn keine qualitativen Veränderungen absehbar seien.

Der ukrainische **Abg. Buteiko** wies darauf hin, daß die Unterzeichnung des Memorandums zwischen der Ukraine und Rußland im Dezember 1994 ein positives Ereignis gewesen sei. Er bemängelte jedoch, daß die unbefristete Verlängerung des NVV den nuklearen Status bestimmter Staaten auf lange Zeit festschreibe und stellte die Frage, ob die unbefristete Verlängerung nicht legislative Maßnahmen durch die einzelnen Parlamente erfordere, wie z. B. in der Ukraine.

Dr. Erdós erwiderte, daß alle GUS-Staaten mittlerweile Mitglieder des NVV seien und daß dies eine der wichtigsten Entscheidungen ihrer Regierungen gewesen sei. In bezug auf die Festschreibung des nuklearen Status der Kernwaffenstaaten wies er darauf hin, daß der Vertrag selber vorsehe, und zwar in einer rechtlich bindenden Form, daß nicht ein bestimmter Zustand eingefroren werden solle, sondern daß alle Mitgliedstaaten die rechtliche Verpflichtung übernommen hätten, die nukleare Abrüstung weiter voranzutreiben, z. B. durch den Abschluß eines umfassenden Atomteststopp-Vertrags. Er wies weiter darauf hin, daß der Wortlaut des Vertrages intakt bleibe und daß keine erneute Ratifizierung notwendig sei, um den Vertrag in eine unbefristete Verlängerung zu überführen. Auf die Frage von **Lord Howell**, ob Nordkorea und China an der Konferenz teilgenommen hätten, erwiderte Dr. Erdós, daß Nordkorea zwar anwesend war, sich jedoch an den Diskussionen nicht beteiligen wollte und eine Verweigerungshaltung eingenommen habe. Auf die Frage des Abg. **Dincerler** zur nuklearen Problematik im Nahen Osten wies Dr. Erdós darauf hin, daß es schwierig sei, Voraussagen zu machen und Fortschritte wohl kaum in nächster Zeit absehbar seien.

Als nächster Gastredner gab der Abteilungsleiter im ungarischen Umweltministerium **Ernó Kiss** einen Überblick über das Umweltproblem im Zusammenhang mit dem Abzug der ehemaligen sowjetischen Truppen aus Ungarn. Dr. Kiss informierte die Mitglieder des Ausschusses anhand von Schaubildern und Tabellen über die aktuelle Lage der Umweltschäden in Ungarn und die Hinterlassenschaft der 1991 abgezogenen sowjetischen Truppen. Dazu gehörten eine Vielzahl von Garnisonen, militärischen Anlagen, Gebäuden und ca. 460 000 ha. Land, das größtenteils schwere Umweltschäden aufweise. Anhand der von ihn gezeigten Dias war der Grad der Verseuchung des Geländes und des Trinkwassers deutlich zu erkennen. Dr. Kiss erläuterte dem Ausschuß die von Ungarn getroffenen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Umwelt. Er wies darauf hin, daß hierzu ein Expertenausschuß gebildet worden sei, dem sowohl Vertreter Ungarns als auch der ehemaligen Sowjetunion angehörten. Dr. Kiss erläuterte, daß dieser Ausschuß eine umfangreiche Dokumentation zusammengestellt habe, in der für jede einzelne Anlage und jedes Gelände Kostenschätzungen und Einschätzungen der Umweltrisiken erstellt worden seien. Es gebe einen detaillierten Zeitplan, der seit 1991 verfolgt werde. Angesichts der hohen Kosten für die Beseitigung der Umweltschäden und der derzeitigen wirtschaftlichen Lage Ungarns sei es bislang jedoch wichtig gewesen, nach einem Prioritätenplan zu verfahren. Dabei würden drei Phasen unterschieden: 1) unverzügliche Beseitigung der Umweltschäden (dringende Fälle) in den Jahren 92 bis 93; 2) kurzfristige Projekte in den Jahren 94 bis 95 sowie 3) langfristige Projekte ab dem Jahr 1996 bis zum Jahr 2010. Insbesondere sei es wichtig gewesen, Schadstoffe, die Auswirkungen auf die Qualität des Trinkwassers und die menschliche Gesundheit hätten haben können, zu beseitigen. Dr. Kiss ging auf die verschiedenen Methoden und Technologien zur Schadensbegrenzung und -beseitigung ein. Insgesamt seien über 2 Millionen Liter Kohlenwasserstoffe und mehrere tausende m^3 Grundwasser behandelt worden. Es seien über 3 000 m^3 Abfälle entfernt und die 20 größten Stützpunkte saniert worden. Für die 151 übrigen Anlagen bestehe ein intensives Programm. Ungarn sei jedoch bei diesen Projekten auch auf die Hilfe von außen angewiesen. So habe es finanzielle Hilfe durch die Vereinigten Staaten und Dänemark und technische Hilfe durch Deutschland erhalten. Eine darüber hinausgehende Hilfe, auch in der technischen Aus-

bildung, sei erforderlich. Das größte Problem seien jedoch weiterhin die unzureichenden finanziellen Mittel.

Auf die Frage des Abg. **Boehlert** (Vereinigte Staaten), welche Prioritäten der ungarische Staat festgelegt habe, wie hoch die Gesamtkosten seien und welche Techniken überwiegend angewandt würden, antwortete Herr Kiss, daß in erster Linie wirksame und kostengünstige Methoden sowie biologische Verfahren vor Ort angewendet würden. In bezug auf die Priorität sei die Risikoeinschätzung für Umwelt und Mensch ausschlaggebend, und im Hinblick auf die angewandten Methoden halte man sich überwiegend an Verfahren der amerikanischen Umweltbehörde (EPA) sowie an deutsche Systeme zur Beseitigung von Umweltschäden.

Auf die Frage von Lord **Lyell** (Vereinigtes Königreich), ob es große Probleme im Hinblick auf chemische und nukleare Umweltrisiken gebe, antwortete Herr Dr. Kiss, daß das überwiegende Problem die Kohlenwasserstoffe und Schwermetalle seien, jedoch bislang nichts auf eine radioaktive Verseuchung hindeute.

In seinem Vortrag über die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern unterstrich **Dr. Rambaut,** daß die Wissenschaft die dritte Dimension der NATO sei, was auch der Nordatlantische Kooperationsrat wiederholt hervorgehoben habe. Sicherheit sei mehr als eine Angelegenheit der militärischen Stärke. Bei der wissenschaftlichen Kooperation gehe es darum, Solidarität zu schaffen und eine technologische Kluft zu überbrücken. Eine Neuausrichtung der Programme, insbesondere im Hinblick auf die östlichen Kooperationspartner, sei deshalb erforderlich gewesen. Zu den im Arbeitsprogramm festgelegten Bereichen gehörten deshalb die Waffenverbreitung, die Umweltgefahren – auch grenzüberschreitende Umweltprobleme – sowie die Umschulung von militärischem Personal und die Konversion von Rüstungsanlagen ebenso wie eine verbesserte Kommunikation. Die Zusammenarbeit erfolge durch verschiedene Institute, Projekte, Fellowships usw. Dr. Rambaut ging auf einzelne Projekte der Zusammenarbeit ein und wies auf die enorm große Bandbreite des Arbeitsprogrammes hin. Er unterstrich auch, daß es eine Zusammenarbeit mit verschiedenen internationalen Organisationen, wie z. B. der IAEO, der OECD und der Europäischen Union sowie bilaterale und trilaterale Projekte gebe. Das Outreach-Programm der NATO im Hinblick auf die wissenschaftliche Elite in den Partnerstaaten der NATO könne positiven Einfluß auf die Entwicklung in diesen Staaten und insbesondere ihren wissenschaftlichen Bereich haben. Alle Aktivitäten im Rahmen des Arbeitsplans der NAKR erfolgten ergänzend zum PfP-Programm.

Auf eine Frage des Ausschußvorsitzenden eingehend, stellte Dr. Rambaut fest, daß man bemüht sei, Überschneidungen und Doppelaktivitäten zu vermeiden und daß man sich weitgehend an Studien der amerikanischen Umweltbehörde (EPA) orientiere. Bei Umweltprojekten gehe es nicht um eine sofortige Beseitigung der Umweltschäden, sondern um eine wissenschaftliche Evaluierung und die Feststellung der kostengünstigsten Methoden zur Beseitigung der Schäden und den Einsatz der effizientesten Technologien.

Sir Peter Emery (Vereinigtes Königreich) bat Dr. Rambaut, dem Ausschuß Vorschläge zu unterbreiten im Hinblick auf die Bereiche, auf die der Ausschuß für Wissenschaft und Technik die Mitgliedsregierungen aufmerksam machen könne, auch in bezug auf eine wissenschaftliche Zusammenarbeit und die Verbreitung technologischer Verfahren. Dr. Rambaut bekräftigte, daß die Botschaft, daß Wissenschaft und Technik ein Teil der wirtschaftlichen Entwicklung seien, einen wichtigen Stellenwert habe, auch z. B. beim Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Die Prioritäten der Zusammenarbeit würden im Rahmen von Gesprächen mit den Partnerstaaten festgelegt.

Der Ausschuß befaßte sich anschließend mit dem Entwurf eines Sonderberichtes über Wissenschaft, Technologie und Partnerschaft für den Frieden des Sonderberichterstatters Abg. **Pierre Nolin** (Kanada).

Abg. **Pierre Nolin** stellte bei der Erläuterung seines Berichtes fest, daß angesichts der Umwälzungen der letzten Jahre, Zusammenarbeit das Konzept sei, dem größte Bedeutung zukomme. Auch in bezug auf die Sicherheit sei Zusammenarbeit der wichtigste Faktor. Wenn in der Vergangenheit die Stabilität durch die Abschreckung gewährleistet worden sei, so seien heute Vertrauen und Kooperation die entscheidenden Kriterien. Rüstungskontrolle und moderne Technologie ermöglichten es heute den Staaten, Versuche, die vertraglich festgelegten Vereinbarungen zu verletzen oder zu umgehen, schnell zu erkennen. Überwachung und Verifikation hätten dazu beigetragen, die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien zu stabilisieren. Dem Bemühen, die zwischenstaatlichen Beziehungen zu institutionalisieren, liege die Auffassung zugrunde, daß die heutigen Sicherheitsbedürfnisse nicht mehr allein auf militärische Sicherheit oder Sicherheit der Grenzen reduziert werden dürften. Zu der kooperativen Sicherheit gehörten nicht nur militärische, sondern auch soziale und wirtschaftliche Konzepte. Der langfristige Erfolg der kooperativen Sicherheitsvorkehrungen hänge davon ab, wie erfolgreich man die neuen unabhängigen Staaten in die entsprechenden Institutionen einbinden könne.

Die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit ergebe sich auch aus Problemen wie der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Das Problem der Verbreitung der Massenvernichtungswaffen werde als eine der Hauptbedrohungen der Sicherheit im Bündnis angesehen. Viele Technologien, die für die Anwendung moderner Waffen relevant seien, würden im kommerziellen Bereich für kommerzielle Zwecke entwickelt, wobei der Zugang zu diesen Technologien schwer zu verwehren sei. Daher müsse die Kontrolle verstärkt werden.

Militärische Konflikte entstünden oft infolge eines internen Auseinanderbrechens oder Zerfalls von Staaten oder aufgrund von Spannungen zwischen ethnischen Gruppen. Um das neue Sicherheitsumfeld in

den Griff zu bekommen, dürfe man nicht nur in militärisch-strategischen Begriffen denken, sondern müsse auch wirtschaftliche und soziale Kriterien berücksichtigen.

Die NATO trage dazu bei, die Stabilität in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion zu fördern, und zwar durch Programme und Institutionen wie dem NAKR und dem PfP-Programm. Im Rahmen des Arbeitsprogramms des NAKR für Dialog, Partnerschaft und Zusammenarbeit habe der Wissenschaftsausschuß der NATO eine Reihe von Gebieten, denen Priorität zukommt, festgelegt, u. a. Wissenschafts- und Technologiepolitik, Umweltsicherheit, Computervernetzung und Abrüstungstechnologien. Mehr als 1 500 Wissenschaftler der Kooperationspartner hätten vergangenes Jahr an Seminaren und gemeinsamen Forschungsaktivitäten teilgenommen.

Für die Zukunft stehe ein weiterer Bereich, nämlich der des geistigen Eigentums, immer mehr im Vordergrund. Es gehe darum, Rechte und Pflichten in diesem Bereich bewußter zu machen, auch für die Wissenschaftler im Osten. Er schlage deshalb vor, daß der Ausschuß zu diesem Bereich einen Bericht ausarbeiten solle, der diesbezügliche Probleme und Lösungsmöglichkeiten eingehend untersuche. Der Bericht sollte sich auch mit den Arbeitsbedingungen von Wissenschaftlern in Mittel- und Osteuropa befassen.

Dr. Rambaut fügte ergänzend hinzu, daß das Thema des geistigen Eigentums eine wichtige Frage sei, die schon öfters aufgegriffen worden sei. Dieses Thema sei auch von besonderem Interesse für die GUS-Staaten.

Als nächster Bericht stand der Bericht des Abg. **Boehlert** (Vereinigte Staaten) des Unterausschusses Verbreitung militärischer Technologie auf der Tagesordnung. Abg. **Boehlert** führte aus, daß einer der Schlüsselfaktoren der strategischen Rüstungskontrolle der zwischen Rußland und Amerika ausgehandelte ABM-Vertrag sei, der im Jahre 1972 unterzeichnet wurde. Mit der Einleitung des SDI-Projekts seien auch die Zukunft und Rolle des ABM-Vertrags erneut in die Diskussion geraten.

Die derzeit größte Gefahr sei die Verbreitung der Massenvernichtungswaffen. Internationalen Verträgen über das Verbot chemischer und biologischer Waffen sowie den entsprechenden Abschußvorrichtungen gebühre größte Bedeutung. Viele Länder fragten sich, was man tun könne, wenn man schon nicht verhindern könne, daß bestimmte Staaten diese Waffen erwerben. Da das Problem der Raketenabwehr die west- und osteuropäischen Staaten stärker betreffe als die Vereinigten Staaten, beschäftigten sich die europäischen Staaten auch intensiver mit einem Raketenabwehrsystem. Zwar bestehe die Gefahr durch den Warschauer Pakt nicht mehr, dafür bestünden aber Gefahren aus Nahost-Staaten und Staaten des nördlichen Afrikas. Auch der Golfkrieg habe die Notwendigkeit einer Raketenabwehr gezeigt. Der ABM-Vertrag sei ein bilateraler Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland, der Europa nicht direkt berühre. Der ABM-Vertrag dürfe nicht mehr sakrosankt sein, besonders nachdem es neue Verhandlungen und eine gemeinsame Erklärung der Vereinigten Staaten und Rußlands nach dem Moskauer Gipfel gegeben habe. Die Zeit sei jetzt reif für eine Neubewertung des ABM-Vertrags. Abg. Boehlert wies abschließend besonders auf den Anhang zu seinem Bericht hin, in dem die Initiativen der NATO im Rahmen ihrer Politik zur Bekämpfung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen aufgeführt seien. Die NATO unterstütze aktiv alle Anstrengungen zur Verhinderung einer Weiterverbreitung dieser Waffen.

Sir **Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) griff einige im Bericht nicht behandelte Fragen auf, wie neue direkte Gefahren für Europa durch Kurzstreckenraketen, die Rolle der diesbezüglichen europäischen Forschung im Vergleich zur Forschung in den Vereinigten Staaten sowie die Koordinierung dieser Forschung.

Abg. **Boehlert** versprach, diese im Bericht nicht behandelten Punkte in den Herbstbericht aufzunehmen.

Der Ausschuß befaßte sich auf seiner Nachmittagssitzung zunächst mit dem Entwurf des Generalberichtes über die nukleare Weiterverbreitung: 1995 und danach des Abg. **Robert Banks** (Vereinigtes Königreich). Anstelle des verhinderten Abg. **Robert Banks,** stellte Abg. **Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) den Bericht vor und ging kurz auf die Kernpunkte des Berichtsentwurfes ein.

Das Kernstück der internationalen Bemühungen zur Verhinderung der Weiterverbreitung von nuklearen Waffen sei der nukleare Nichtverbreitungsvertrag, welcher Normen für den nuklearen Bereich festlege und dessen unbefristete Verlängerung in New York beschlossen worden sei. Damit sei eine historische Entscheidung getroffen worden, auch wenn viele Entwicklungsländer diesen Vertrag für diskriminierend hielten und die Auffassung verträten, daß die Industriestaaten den NVV-Verpflichtungen nicht so nachgekommen seien, wie es ihre Pflicht gewesen wäre. Man komme aber nicht umhin festzustellen, daß in dem Bereich der nuklearen Abrüstung große Fortschritte zu verzeichnen seien, ebenso wie Fortschritte bei anderen Abrüstungsinitiativen, z. B. einen umfassenden Teststopp und einem çut-off" des Spaltmaterials. Natürlich gelte es, die Anstrengungen zur Stärkung der Nichtverbreitungsmaßnahmen weiter fortzusetzen.

Abg. **Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) berichtete anschließend über die Aktivitäten des Unterausschusses „Verbreitung militärischer Technologie" und über die vom Unterausschuß unternommenen Reisen zum Abrüstungsinstitut der Vereinten Nationen in Genf sowie zur IAEO in Wien. Im März 1995 habe der Ausschuß eine Reise nach Rumänien unternommen, in deren Verlauf die Mitglieder des Unterausschusses mit hochrangigen Regierungsvertretern und Parlamentariern zusammengetroffen seien sowie verschiedene Industrieanlagen besichtigt hätten. Der Unterausschuß plane, im Oktober dieses Jahres nach Washington und San Diego zu reisen, um dort Probleme der Rüstungskonversion anzusprechen sowie sich am Monterey-Institut für internationale Studien

über die Bemühungen zur Bekämpfung der Weiterverbreitung nuklearer Waffen zu unterrichten und sich von Prof. Potter die Datenbank des Instituts erläutern zu lassen.

Im Anschluß daran unterrichtete Botschafter **Serguei Batsanov,** Direktor für Auswärtige Beziehungen der Vorbereitungskommission für die Organisation des Verbots chemischer Waffen, den Ausschuß über die Arbeit dieser Vorbereitungskommission.

Diese neue internationale Organisation sei gegründet worden zu Implementierung der Chemiewaffenkonvention (CWK). Das Übereinkommen verbiete den Einsatz und die Lagerung chemischer Waffen und sei auf die völlige Vernichtung chemischer Waffen und die Unterstellung chemischer Anlagen unter eine internationale Kontrolle und Verifikation gerichtet. Botschafter Batsanov wies darauf hin, daß dieser Vertrag auch ein Instrument zur Verhinderung der Weiterverbreitung sei und daß dieser Aspekt oft vernachlässigt werde. Auch im Hinblick auf die Bekämpfung des Terrorismus enthalte der Vertrag Regelungen. Für die Umsetzung des Vertrags seien neue gesetzliche Regelungen zur Kontrolle chemischer Einrichtungen und Anlagen erforderlich. Insbesondere die Ereignisse in Tokio hätten gezeigt, daß neue legislative Vorkehrungen notwendig seien, um Vorfälle dieser Art zukünftig zu vermeiden. Darüber hinaus enthalte der Vertrag ein Verifikationssystem und die Möglichkeit unangekündigter Inspektionen, die jederzeit durch ein internationales Inspektionsteam der Unterzeichnerstaaten durchgeführt werden könnten. Bis jetzt hätten 154 Staaten den Vertrag unterzeichnet und 28 Staaten ratifiziert. In Bezug auf den Mitgliederkreis des Vertrages sei jedoch festzustellen, daß viele Gebiete in der Welt nicht vertreten seien, wie z. B. der Nahe Osten. Hier sei jedoch ein Zusammenhang zwischen der Tatsache, daß die Arabische Liga nicht unterzeichnet habe und Israel den NVV nicht akzeptiere, zu sehen.

Zu den wichtigsten Staaten, die den Vertrag bislang ratifiziert hätten, gehörten Deutschland, Frankreich, Schweden, Norwegen, die Türkei, Österreich sowie Bulgarien, Rumänien und Griechenland. Zwei ganz entscheidende Staaten, nämlich die USA und die Russische Föderation, hätten den Vertrag ebenfalls bislang nicht ratifiziert.

Mit wachsender Besorgnis sei festzustellen, daß die 1993 vertraglich festgelegte Frist von zwei Jahren verstrichen sei, ohne daß der Vertrag habe in Kraft treten können. Die Gründe hierfür seien einerseits darin zu sehen, daß es auf seiten einzelner Staaten umfangreicher Vorbereitungen bedürfe, z. B. des Aufbaus einer Organisation, die garantiere, daß Mechanismen zur wirksamen Durchsetzung des Vertrags bestünden und daß ausführliche Implementierungsverfahren entwickelt würden. Die in Den Haag arbeitende Vorbereitungskommission beschäftige ca. 450 Leute, die sich bei einem Jahreshaushalt von 100 Millionen Dollar, also mit weitaus weniger Mitteln als ursprünglich geplant, mit diesen Problemen befaßten. Viele der Fragen, die jedoch zu lösen seien, könnten nicht auf Expertenebene gelöst werden, und es seien politische Entscheidungen notwendig, wenn die Effizienz des Vertrages sichergestellt werden solle.

Auf die Frage des Ausschußsekretärs **David Hobbs,** welche Gründe für die Nichtratifizierung angegeben würden, entgegnete Botschafter Batsanov, daß es weniger politische Probleme seien, sondern daß die nationalen Vorbereitungen mehr Zeit erforderten als ursprünglich erwartet. In vielen Fällen müßten nationale Einrichtungen aufgebaut werden, deren Kompetenzen bislang nicht eindeutig geklärt seien. Andererseits sei es für viele Staaten schwierig festzustellen, welche einschlägigen Industriebetriebe und Unternehmen in ihren Ländern existierten. Im Zusammenhang mit der Zerstörung chemischer Waffen und dem Abbau entsprechender Einrichtungen wies Botschafter Batsanov besonders auf den aktiven Beitrag Deutschlands zu einem Projekt in Rußland hin, wo mit deutscher Unterstützung chemische Waffen zerlegt und vernichtet würden.

Botschafter Batsanov wies auch darauf hin, daß die Vorbereitungskommission gerne der Bitte des Ausschusses nachkomme, eine ausführliche Liste der Länder, die bislang die CWK ratifiziert haben und eine Zusammenstellung der Gründe, weshalb andere dies bislang nicht getan haben, vorzulegen.

Abg. **Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) wies darauf hin, daß die Parlamentarier der Nordatlantischen Versammlung dringend ihre jeweiligen Regierungen ersuchen sollten, das Chemiewaffenübereinkommen zu ratifizieren.

Anschließend befaßte sich der Ausschuß mit dem Entwurf eines Sonderberichtes, vorgelegt von Abg. **Vehbi Dincerler** (Türkei) über Landminen und die Räumung von Minen.

Bei der Vorstellung seines Berichtes erläuterte Abg. **Dincerler** den Mitgliedern des Ausschusses, daß nach einem Besuch beim Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen in Genf und ausführlicher Befassung mit dem Problem der Landminen der Beschluß gefaßt worden sei, einen Sonderbericht zu diesem Thema vorzulegen. Parallel zum Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Technik befasse sich auch der Verteidigungs- und Sicherheitsausschuß mit diesem Thema. Abg. Dincerler erläuterte, daß sein Bericht hauptsächlich auf technische Aspekte dieses Problems eingehe. Er empfahl den Mitgliedern des Ausschusses den Bericht des Abg. **Cook** vom Verteidigungsausschuß sowie den Bericht des Abg. **Rato** vom Politischen Ausschuß, die sich ebenfalls mit dieser Problematik befaßten, ergänzend hinzuzuziehen.

Abg. Dincerler hob hervor, daß die große Zahl der in mehr als 60 Staaten verlegten Landminen ein Problem sei, für dessen Bewältigung bislang keine Lösung gefunden worden sei. Darüber hinaus sei es in erster Linie die Zivilbevölkerung dieser Länder, die durch Landminen große Opfer erleide. Besonders hohe Verluste an Menschenleben seien in den letzten Monaten in Angola und Kambodscha zu verzeichnen gewesen. Die Regionen, in denen Landminen verlegt seien, kämen für keinerlei Nutzung infrage, und es sei schwierig, humanitäre Hilfe in diese Gebiete, z. B. nach Bosnien, zu bringen. Besonders erschreckend sei auch die Tatsache, daß man viele 100 Jahre brauche, um die derzeit verlegten Minen zu räumen, und

die Diskrepanz zwischen dem Tempo der Verlegung neuer Minen und dem der Räumung bereits existierender Minen sei besonders beängstigend.

Abg. Dincerler ging kurz auf die in seinem Bericht beschriebenen verschiedenen Arten der Landminen ein und wies darauf hin, daß der Typ der sich selbst zerstörenden bzw. neutralisierenden Landminen von einigen als mögliche Lösung des Problems bezeichnet werde, wobei diese Lösung jedoch keine verläßliche sei. Das Problem der Minenräumung werde zusätzlich dadurch verschärft, daß man mit alten Verfahren arbeite, die zeitaufwendig seien und daß viele Minen per Hand geräumt werden müßten. Deshalb sei es dringend erforderlich, neue Techniken für die Minenräumung zu entwickeln. Südafrika habe vor kurzem ein neues Verfahren der Minenräumung vorgestellt, das erfolgversprechend sei.

Ein weiterer Aspekt im Zusammenhang mit der Minenproblematik sei die Tatsache, daß seit einiger Zeit Landminen hergestellt werden könnten, denen chemische oder radioaktive Markierungen beigefügt würden. Dadurch würde es möglich, die Herkunft der von Terroristen verwendeten Sprengkörpern zu verfolgen oder die Herkunft illegal erworbener Waffen. Ebenso wäre es möglich, spezifische Isotopen zu verwenden, die eine Markierung mit Hilfe radiologischer Verfahren gestatteten.

Abg. Dincerler fügte hinzu, daß er den vorgelegten Entwurf eines Sonderberichtes für die Herbsttagung durch ein Glossar der technischen Ausdrücke erweitern und in diesem Herbstbericht auch auf die Lage in einzelnen Ländern besonders eingehen wolle.

Auf der Tagesordnung des Ausschusses stand als nächster Punkt der Vortrag von **Prof. Potter,** dem Direktor des Projektes „Neue nukleare Lieferanten" des Monterey-Instituts für Internationale Studien.

Prof. Potter berichtete in seinem Vortrag über einzelne Fälle von Schmuggel mit radioaktivem Material. Er wies darauf hin, daß es bislang nur wenige solcher Fälle gegeben habe und daß die bislang transportierten und geschmuggelten Mengen nur sehr gering gewesen seien. Mittlerweile seien sieben belegte Fälle bekannt, in denen größere Mengen geschmuggelt worden waren.

Prof. Potter erklärte, daß den meisten dieser Fälle gemeinsam sei, daß es sich bei dem geschmuggelten Material um kleine Menge gehandelt habe, – um weniger, als man brauche, um Sprengstoff herzustellen, daß es sich meistens um Amateurdiebstähle gehandelt habe und meistens keine speziellen Auftraggeber existiert hätten. Das geschmuggelte radioaktive Material sei größtenteils aus Anlagen der ehemaligen Sowjetunion entwendet worden. Das einstmals bestehende sowjetische System zum Schutz vor nuklearen Schmuggel gelte heute als nicht mehr sicher, da durch das Entstehen der GUS-Staaten die Grenzen offener geworden seien. Auch die Tatsache, daß das russische Ministerium für Atomenergie nur für einen kleinen Teil der nuklearen Anlagen zuständig sei, fördere die Unübersichtlichkeit und beschränke die Kontrollmöglichkeiten. Bislang hätten diese Staaten für die Bewachung ihrer nuklearen Anlagen auch keine Hilfe aus dem Westen erhalten. Bedauerlicherweise werde zur Zeit in Rußland wenig getan, um den illegalen Handel mit nuklearem Material zu unterbinden. Das Hauptproblem sei, daß es in der ehemaligen Sowjetunion zwar Exportkontrollen gegenüber den Staaten, die außerhalb dieses Systems lagen, gegeben habe, jedoch gebe es heute keine Inlandskontrollen innerhalb Rußlands und der Nachfolgestaaten. Diese Tatsache sei besorgniserregend, und der Westen müsse sich dringend damit befassen, wie eine Ausweitung des Schmuggels mit radioaktivem Material verhindert werden könne.

Als letzten Gastredner hörten die Mitglieder des Ausschusses den Vertreter des Exekutivsekretariates der NATO, Herrn **Christian Scheurweghs,** mit einem Vortrag über die NATO, die Nordatlantische Versammlung und den Information Super Highway.

In seinem Vortrag stellte Herr Scheurweghs das Internet-System vor und erläuterte die Möglichkeiten, die dieses System bietet. Angeschlossen an dieses System seien derzeit die NATO, die NAV und verschiedene Hochschulverteidigungsnetze. Mit diesem Projekt sei der elektronische Austausch von Dokumenten über PC möglich. Es stehe Abonnenten in der ganzen Welt offen. Alle öffentlichen Berichte der NATO und auch der WEU, der OSZE und anderer internationaler Organisationen könnten an die auf der Verteilerliste stehenden Interessenten weitergegeben werden. Auch der Zugang zu VN-Informationen sowie zu Presseberichten und zusammenfassenden Informationen der Medien sei möglich. Darüber hinaus demonstrierte Herr Scheurweghs, daß auch ein interaktiver Dialog über dieses System möglich ist. Der Service sei kostenlos, und es sei beabsichtigt, alle öffentlich zugänglichen Dokumente der Außen- und Verteidigungsministerien in West- und Osteuropa in dieses Netz zu integrieren. Auch Hochschulverteidigungsnetze, wie SIPRI und Sandhurst, sind beteiligt. Es sei beabsichtigt, das Academic Defence and Security Network (ADSN) als Organisation aufzubauen. Ebenso sei geplant, dabei ein Abrufsystem nach Themen, wie z. B. in Bibliotheken einzurichten, welches auch ins Bildungsnetz übertragen werden solle. Dieses System arbeite nicht gewinnorientiert, sondern als genossenschaftliches Unternehmen. Wenn die Nordatlantische Versammlung als der generelle Zugangspunkt für das Netz genutzt werden könnte, würden sich auch für die NAV besondere Vorteile ergeben. Damit würde u. a. auch der Bekanntheitsgrad der NAV gesteigert. Finanzielle und juristische Aspekte des Projekts seien bereits von der NATO mit zufriedenstellendem Ergebnis geprüft worden.

Als letzter Punkt stand die Verabschiedung der Stellungnahmen des Generalsekretärs der NATO zu den von der Nordatlantischen Versammlung 1994 verabschiedeten Empfehlungen auf der Tagesordnung. Die Mitglieder des Ausschusses billigten die Stellungnahmen des Generalsekretärs der NATO ohne Aussprache.

Senator **Hastings** (Kanada) schloß die Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Technik und teilte mit, daß der Ausschuß zu seiner nächsten Sitzung in Turin im Oktober 1995 zusammenkommen werde.

Ausschuß für zivile Angelegenheiten

Der Ausschuß für zivile Angelegenheiten tagte am 27. Mai 1995 unter dem Vorsitz von Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland).

In der Sitzung waren verschiedene Diskussionsrunden integriert: diskutiert wurde über die **Zivile Kontrolle der Streitkräfte in Ungarn** auf der Grundlage von Beiträgen des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des ungarischen Parlaments, Imre Mecs, und des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses, Tamas Wachsler. Eine weitere Diskussionsrunde wurde zum Thema **Presse und Medien in Ungarn** abgehalten, die sich auf folgende Beiträge gründete: Ferenc Kosa, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien, Tamas Deutsch, ehemaliges Mitglied dieses Ausschusses, Janos Sziranyi, Vorsitzender der Ungarischen Rundfunk-Anstalt, und Gabor Bencsik, Generalsekretär des Verbandes ungarischer Journalisten.

Der Ausschuß behandelte Berichtsentwürfe von Abg. **Javier Ruperez** (Spanien) zum Thema **Demokratie in Westeuropa: Eine Diagnose** und wurde von der Vors. Abg. **Brigitte Schulte** über die **Wahlbeobachtung in Belarus** informiert. Anschließend fand eine Diskussionsrunde zum Thema **Minderheiten in Ungarn** statt, zu der folgende Gastredner eingeladen waren: Csaba Tabajdi, Politischer Staatssekretär im Büro des Premierministers, György Csoti, Mitglied des ungarischen Parlaments und Robertne Jakab, Mitglied des ungarischen Parlaments und Angehörige der slowakischen Minderheit. Eingebunden in die Diskussionsrunde war der Bericht über **Nationale und ethnische Minoritäten in Ungarn** des Abg. **György Csoti.** Abg. **Pedro Moya** (Spanien) präsentierte den Bericht **Rahmen für eine Zusammenarbeit im Mittelmeerraum; Lord Lucas of Chilworth** (Vereinigtes Königreich) stellte den Bericht über **Sicherheitsfragen bei der Öffnung der Grenzen** vor.

Die Vorsitzende des Ausschusses, Abg. **Brigitte Schulte,** gab bei der Eröffnung der Sitzung ihrer Hoffnung Ausdruck, daß Ungarn bald Mitglied in der NATO und der Europäischen Union sein werde.

Bei der Diskussionsrunde über **Zivile Kontrolle der Streitkräfte in Ungarn** erklärte **Imre Mecs, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im ungarischen Parlament,** die Zivile Kontrolle sei in Ungarn eingeführt. Einem Einsatz der Armee müßten zwei Drittel der Abgeordneten zustimmen. Es gebe präzise Rechtsvorschriften, die festlegten, daß Aufgaben, Struktur und Finanzierung vom Parlament bestimmt werden. Der Oberkommandierende der Armee sei der Regierung unterstellt, der Verteidigungsausschuß kontrolliere die Tätigkeit und die Ausbildung der Soldaten. Ein Unterausschuß befasse sich mit der Durchführungskontrolle erlassener Gesetze in dem Bereich, wobei immer ein Mitglied der Opposition beteiligt sei. Auch das Verfassungsgericht übe eine Kontrollfunktion aus. Schließlich gebe es auch eine Form der sozialen Überwachung durch die Öffentlichkeit und insbesondere durch die Presse.

Tamas Wachsler, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses, ging anschließend auf die problematischen Punkte des genannten Kontrollmechanismus ein. Schwierig sei bereits die Grenzziehung zwischen politischen und militärischen Fragen, von denen die letzteren der Zuständigkeit der Politiker entzogen seien. Das Militär tendiere dazu, Fragen als militärisch einzustufen, um die Parlamentarier von der Überwachung auszuschließen. Als Problem nannte Wachsler ferner die Tatsache, daß es nur wenige Experten in Verteidigungsfragen gebe, die nicht dem Militär angehörten. Daher müsse ein System entwikkelt werden, in dem Personal auf diese Kontrollfunktion hin geschult werde. Abschließend wies er auf die Schwierigkeit hin, neues Personal für die Streitkräfte zu gewinnen, da die Besoldung und damit das Sozialprestige des Berufes sehr niedrig sei.

Vors. Abg. **Schulte** unterstrich die Bedeutung der zivilen Kontrolle des Militärs unter Hinweis u. a. auf die Geschichte Deutschlands. Unter Bezugnahme auf das erforderliche Fachwissen erklärte sie, daß Parlamentarier dies nach der notwendigen Einarbeitung auch erwerben könnten, ohne Militärangehörige zu sein. Das Primat der Politik sei von Bedeutung auch für die Zusammenarbeit im Bündnis.

Gegenstand der folgenden Diskussion waren Vorurteile in der Gesellschaft gegenüber dem Militär sowie die Anzahl der Zivilisten im Verteidigungsministerium, die als zu gering angesehen wurde. Auf Fragen erklärten die Gastredner, das Interesse der Bevölkerung an Verteidigungsfragen sei gering, wobei dies als positiv gewertet wurde. Diskutiert wurde auch die Rolle der Frauen – diese werden in der ungarischen Armee nicht verpflichtet, der Militärdienst steht ihnen jedoch offen.

In der Diskussionsrunde **Presse und Medien in Ungarn** sprach zunächst der **stellvertretende Vorsitzende des Kultur- und Medienausschusses, Ferenc Kosa.** Er erläuterte eingangs die Situation in Ungarn vor der Wende, die von umfassender staatlicher Kontrolle geprägt gewesen sei. Danach habe sich das Parlament stark um die Entwicklung unabhängiger Medien bemüht, die die Verfassung vorsehe. Das alte Mediengesetz sei vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden. Das zu verabschiedende neue Mediengesetz müsse vollständige Pressefreiheit und Informationsfreiheit garantieren. Der Erlaß des Gesetzes, der bislang an verschiedenen Einzelinteressen gescheitert sei, stehe nun in Kürze bevor.

Tamas Deutsch, ehemaliges Mitglied des Kultur- und Medienausschusses, definierte zu Beginn seines Vortrages den Begriff Pressefreiheit und unterstrich, diese beinhalte mehr als die Abwesenheit von Zensur. Seit 1990 gebe es Informationsfreiheit und Unabhängigkeit für die Mitarbeiter in den Medien. Der Erlaß eines Mediengesetzes in Ungarn sei jedoch dringend notwendig, da die gegenwärtige Lage nicht mit der Verfassung übereinstimme. Gegenwärtig würden die Medien aufgrund des alten Gesetzes von der Regierung kontrolliert. De facto gebe es – auch aufgrund technischer Sachzwänge – ein Staatsmonopol beim Rundfunk: auch bei der Presse seien bislang nur Spuren von Pluralismus zu erkennen. In diesem Bereich existierten verschiedene Monopole als Erbe des alten kommunistischen Regimes; keine überregionale Zeitung habe bislang neu gegründet werden

können. Ein Staatsmonopol gebe es ferner beim Vertrieb. Er unterstrich die dringende Notwendigkeit von Gesetzen gegen die Konzentration im Medienwesen, die bisher ebenfalls noch fehlten.

Auch **Janosz Sziranyi, Vorsitzender der ungarischen Rundfunkanstalt,** plädierte für die möglichst schnelle Verabschiedung des Mediengesetzes, ohne das eine zufriedenstellende Arbeit nicht möglich sei. Er betonte die Rolle, die der Rundfunk bei dem Öffnungsprozeß in den achtziger Jahren gespielt habe; schon in diesem Zeitraum seien kommerzielle Lokalsender gegründet worden. Er bezeichnete die Existenz von sowohl staatlichen als auch kommerziellen Sendern als unverzichtbar.

Gabor Bencsik, Generalsekretär des Verbandes ungarischer Journalisten, erklärte, die Pressefreiheit könne noch nicht als vollständig verwirklicht angesehen werden. Die Unabhängigkeit des Journalismus werde durch Mängel in verschiedenen Bereichen beeinträchtigt. So hätten gestiegene Kosten zu Entlassungen geführt; heutzutage herrsche bei den Mitarbeitern nicht mehr Furcht vor politischen Machthabern, sondern vor den Eigentümern von Presseorganen. Die festzustellende Kapitalkonzentration vergrößere die Gefahr der Monopolbildung. Hier fehle es bislang an rechtlichen Grenzen, so daß theoretisch ein Unternehmen sämtliche Presseorgane kaufen könne. Das Staatsfernsehen stehe kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, was auf Seiten der Politik aber nicht zu angemessenen Gegenmaßnahmen geführt habe.

In der anschließenden Diskussion wurden Fragen des Presserechts angesprochen – Widerrufsrecht und Medienrat –, wünschenswerte zukünftige Besitzverhältnisse im Medienbereich sowie Probleme des Wettbewerbsrechts.

Anschließend gab Abg. **Brigitte Schulte** einen Bericht über die **Wahlbeobachtungsmission in Belarus.** Die Ausschußvorsitzende kritisierte, daß aufgrund der Veranlassungen des Präsidenten, der über die Regierung die Medien kontrolliere, keine freie Berichterstattung möglich gewesen sei. Dies sei auch von anderen Institutionen, wie dem Europarat und der OSZE, bemängelt worden. Die Freiheit der Wahl sei auch durch die geringen finanziellen Mittel eingeschränkt worden, ferner durch das Verbot von Werbung für die Parlamentswahlen. Hinzu komme die Kompliziertheit des Wahlrechts, aufgrund dessen der erste Wahlgang nur wenig erfolgreich gewesen sei. Der nun fällige zweite Wahlgang sei ebenfalls nur gültig bei einer Beteiligung von 50% der Wahlberechtigten, was weitere Hindernisse auf dem Weg zur Einsetzung eines neuen Parlaments bedeute. Wenn dies nicht gelinge, sei das weitere Vorgehen fraglich: Neuwahl oder Einsetzung des alten Parlaments. Hierbei hob Abg. Schulte auch die Bedeutung für die NAV hervor, der nur frei gewählte Parlamentarier angehören dürften.

Seitens eines Delegierten aus Belarus wurde daraufhin das Wahlrecht erläutert; notwendige Korrekturen würden von der Regierung vorgenommen. Eingehend auf die Kritik an fehlender freier Berichterstattung erwiderte er, über die Wahl sei berichtet worden und mehr als 2 000 Kandidaten hätten sich in Radio und Fernsehen vorstellen dürfen. Die mangelnde finanzielle Ausstattung sei auf die zahlreichen Probleme in seinem Land, wie die Beseitigung der Folgen von Tschernobyl, zurückzuführen.

Der Generalbericht des Abg. **Javier Ruperez** über den **Zustand der Demokratie in Westeuropa: eine Diagnose** befaßt sich schwerpunktmäßig mit drei Bereichen. Zunächst beschreibt er die Schwachpunkte im demokratischen System und seinen Werten, wobei er auf die vorherrschenden Probleme und fehlenden Lösungen in Bereichen wie Arbeitslosigkeit, Fremdenfeindlichkeit und Lähmung der Außenpolitik hinweist. Die politische Landschaft sei nicht mehr nach dem früher herrschenden Rechts/Links-Schema zu ordnen, gleichzeitig fehle es an politischen Visionen. Als Ursache hierfür nennt er das Ende der alten Ideologien, die Auswirkungen des von ihm angenommenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konsenses, den Wegfall von homogenen gesellschaftlichen Schichten sowie die Bestechlichkeit in der politischen Schicht. Der Bericht befaßt sich außerdem mit neuen Formen der politischen Willensbildung. Zur Bewahrung der demokratischen Grundlagen müßten die Anstrengungen zur Lösung der o. g. Probleme, die den Populismus begünstigen, verstärkt werden. Im Rahmen von Korrekturen in der repräsentativen Demokratie weist der Berichterstatter auf die Notwendigkeit hin, Eingriffe in die staatliche Souveränität im Rahmen der internationalen Kooperation sowie im Rahmen der erforderlichen Dezentralisierung auf regionaler Ebene zuzulassen. Hier müsse der gewählte Vertreter auch seine Rolle als Gesprächspartner für soziale und wirtschaftliche Gruppen akzeptieren.

Abg. **Pedro Moya** (Spanien) befaßt sich in seinem Bericht mit dem **Rahmen für eine Kooperation im Mittelmeerraum.** Voraussetzung für die Effizienz der neuen Mittelmeerpolitik der NATO im Hinblick auf eine Erhöhung der Sicherheit und Stabilität in diesem Bereich sei zum einen, daß sie als Projekt echter Kooperation angesehen werde. Weiterhin müsse sie sich auf Bereiche konzentrieren, in denen die NATO über anerkannten Sachverstand verfüge. Die NATO-Initiative sei mit der Mittelmeerpolitik der Europäischen Union gut kombinierbar, wobei im Nahen Osten eine Beteiligung der USA unabdingbar für den Erfolg sein werde. Ein reformiertes Bündnis könne zu dem Forum werden, in dem die Politik der USA und Europas gegenüber dem Nahen Osten abgestimmt werden könnte.

Alternativ könnte man sich im Hinblick auf den Beginn eines KSZM-Prozesses auch einen ähnlichen Ansatz vorstellen wie den, der für den im März 1995 unterzeichneten Vertrag über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gewählt wurde. Ein ähnlicher Ansatz für den Mittelmeerraum wäre vereinbar mit der Mittelmeerpolitik der EU, würde den Einfluß der Vereinigten Staaten im Nahen Osten nutzen und die Transatlantischen Beziehungen in einem gemeinsamen Interessenfeld stärken.

Der Bericht über die **Folgen der Grenzöffnung für die Sicherheit** von **Lord Lucas of Chilworth** gibt die Ergebnisse einer Sitzung des Unterausschusses

OSZE wieder. Hauptdiskussionspunkte waren demzufolge die illegale Einwanderung und der Kampf gegen Kriminalität, mit Schwerpunkt auf der internationalen organisierten Kriminalität. Einigkeit habe geherrscht in Bezug auf den Zusammenhang zwischen illegaler Einwanderung und einem Anstieg der Kriminalitätsrate. In Bezug auf die internationale organisierte Kriminalität sahen niederländische Amtsträger die Öffnung der Grenzen als Verbesserung an, da die offenen Grenzen eine effizientere Zusammenarbeit der nationalen Polizeien ermögliche. Verstärkte Kooperation, insbesondere durch Europol, wurde gefordert.

Abg. **Gyorgy Csoti** gelangt in seinem Bericht über **Nationale und ethnische Minderheiten in Ungarn** zu dem Ergebnis, Minderheiten stellten nach dem Ende des Kommunismus und des bipolaren Machtsystems grundsätzlich einen Sicherheitsfaktor allererster Bedeutung dar. Er nannte die Situation in Ungarn sehr zufriedenstellend, da die Minderheit sich auf friedlichem Wege, nämlich unter Einhaltung der geltenden Regeln für ihre kollektiven Rechte einsetze und die Mehrheit sich gleichzeitig einsichtig zeige sowie den Angehörigen der Minderheit gegenüber nachbarliche Gefühle zeige. Eine Konfliktsituation sei daher nicht gegeben und auch für die Zukunft nicht zu befürchten. Völlig anders stelle sich die Lage in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien dar. Die dortige Situation gefährde die Sicherheit ganz Europas. Die internationalen Organisationen, die bislang nicht vermocht hätten, dem Gemetzel ein Ende zu setzen, müßten dazu beitragen, daß der genannte friedliche Weg zur Lösung der Minderheitenprobleme eingeschlagen werde.

Plenarsitzung

Unter dem Eindruck der eskalierenden Ereignisse in Bosnien-Herzegowina wurde vor der Plenarsitzung am 29. Mai auf Vorschlag des **Präsidenten,** dem der Ständige Ausschuß zustimmte, kurzfristig eine **aktuelle Debatte zum Bosnien-Konflikt** angesetzt. Zur Eröffnung dankte **Präsident Voigt** der britischen Delegation für die Initiative zu einer Resolution; im Namen der Versammlung würdigte er die Verdienste der UN-Blauhelme und verurteilte die von bosnischen Serben verübten Angriffe und Geiselnahmen aufs Schärfste.

Als erster Redner in der auf truppenstellende Staaten beschränkten Aussprache stellte Abg. **Loïc Bouvard** (Frankreich) den Beitrag Frankreichs sowohl zum UNPROFOR-Einsatz als auch zu den diplomatischen Friedensbemühungen heraus und bekräftigte die von der französischen Regierung formulierte Alternative: Neudefinition des Mandats mit klarer Selbstschutz-Komponente – oder Abzug der UNPROFOR, was die diplomatischen Bemühungen um Frieden deutlich erschweren würde.

Abg. **David Clark** (Vereinigtes Königreich) wandte sich entschieden gegen das Schlagwort vom Scheitern der UNPROFOR-Mission und hob die vorbildliche humanitäre Arbeit dieser aus ost- und westeuropäischen, asiatischen und afrikanischen Kontingenten zusammengesetzten Truppe hervor. Auch Abg. **Bill Rompkey** (Kanada) verurteilte, zugleich im Namen der skandinavischen Delegierten, die Übergriffe, denen sich die Blauhelme ausgesetzt sahen und würdigte (in französischer Sprache) ihre gefallenen französischen Kameraden.

Abg. **Wim Mateman** (Niederlande) kritisierte, daß leere Drohungen die Glaubwürdigkeit der Regierungen und der Völkergemeinschaft untergraben, wandte sich jedoch entschieden dagegen, die Blauhelme – und sei es durch Resolutionen – in einen Konflikt hineinziehen zu lassen, der die Grenzen militärischer Intervention in ethnisch-nationalistisch bestimmten Konflikten bereits aufgezeigt habe.

Auch Abg. **Otokar Vychodil** (Tschechische Republik), der an seine Berliner Warnung vor einer Verschärfung der Lage auch für UNPROFOR erinnern konnte, verwarf eine militärische Lösung des Konflikts: Diese könne nur von innen, aus der Kriegsmüdigkeit der beteiligten Parteien, kommen.

Dagegen sah Abg. **Kamran Inan** (Türkei) die diplomatischen Optionen als erschöpft an und forderte ein baldiges, hartes Vorgehen gegen die serbischen Aggressoren, da der von ihnen verübte Völkermord sonst einen sich ausweitenden Balkankrieg auslösen könnte.

Abg. **Janusz Onieszkiewicz** (Polen) forderte die Regierung in Belgrad auf, sich von den jüngsten Übergriffen der bosnischen Serben klar zu distanzieren. Er befürwortete im übrigen eine Neuformulierung der Einsatzrichtlinien für UNPROFOR und versicherte die Delegierten jeder polnischen Unterstützung für die Friedensbemühungen der Vereinten Nationen.

Aus der Sicht der Vereinigten Staaten sprach sich Abg. **Douglas Bereuter** (USA) klar für den Verbleib der UNO-Truppen trotz der unübersichtlichen Lage in Bosnien-Herzegowina aus, allerdings unter dem Vorbehalt akzeptabler Rahmenbedingungen: Sofern die Kriegsparteien die VN-Präsenz nicht mehr wünschten bzw. lediglich für eigene Zwecke mißbrauchten, müsse überlegt werden, das im November auslaufende Mandat nicht zu verlängern. In jedem Fall sei die Entscheidung zwischen *peacemaking* und *peacekeeping* überfällig, und der VN-Beauftragte Akashi offenbar nicht in der Lage, sie zu fällen.

Eine Straffung der Entscheidungsstränge innerhalb der VN und im Zusammenwirken mit den NATO-Stäben forderte auch Abg. **Anatolij Dolgolaptev** (Russische Föderation). Zugleich warnte er jedoch, nicht zuletzt aufgrund der Lehren des Afghanistan-Konflikts, vor jeder größeren militärischen Intervention und verwahrte sich gegen einseitige Verurteilungen einzelner Kriegsparteien.

Die auf Anregung der britischen Delegation vom Ständigen Ausschuß eingebrachte **Entschließung Nr. AM 147 SA** wurde mit zwei Gegenstimmen (Abg. **Angelika Beer** und **Heinrich Graf von Einsiedel)** (Bundesrepublik Deutschland) ohne Enthaltungen verabschiedet.

Der ungarische Parlamentspräsident **Zoltan Gal** ging zu Beginn seiner Ausführungen auf die Beziehungen Ungarns zur NATO und zur Nordatlantischen Versammlung ein, die seinem Land bereits 1990 den Status eines assoziierten Mitglieds verliehen habe. Als Ziele ungarischer Politik nannte Gal die von allen Fraktionen im Parlament angestrebte volle Integration in die euro-atlantischen Strukturen. Ungarn sei dabei, die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, wobei er insbesondere die Regelung internationaler Beziehungen nannte und als Beispiel auf den Grundlagenvertrag mit der Slowakei verwies. Unter Bezugnahme auf den Wunsch Ungarns, der NATO beizutreten, erklärte Zoltan Gal, daß nicht Ängste vor Bedrohung die Ursache hierfür bildeten, sondern die Deckungsgleichheit der Wertvorstellungen in Ungarn und der atlantischen Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang dankte er der Nordatlantischen Versammlung, daß sie sich nachdrücklich für eine NATO-Erweiterung ausgesprochen habe und damit die Ziele Ungarns unterstütze. Ungarn wünsche eine möglichst baldige Vollmitgliedschaft in der Nordatlantischen Versammlung; solange dies nicht möglich sei, wolle man als assoziiertes Mitglied entscheidend zur Arbeit der Versammlung beitragen. Abschließend unterbreitete er den Vorschlag Ungarns, in Budapest ein Zentrum zur Information über Verteidigungs- und Sicherheitsfragen einzurichten.

Der **Präsident der Nordatlantischen Versammlung, Karsten D. Voigt,** würdigte eingangs die Rolle Ungarns im Rahmen der Nordatlantischen Versammlung und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß Ungarn bald Mitglied der atlantischen Allianz sein werde. Die Vorreiterrolle Ungarns werde sich durch die Einrichtung des Informationszentrums noch weiter unterstützen. Diese Einrichtung passe genau in die jetzige Zeit, in der die Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder in der NATO fallen werde. Voigt unterstrich, daß die NATO sobald wie möglich neue Mitglieder aufnehmen solle, da hierdurch ein Beitrag zu mehr Stabilität geleistet werde. Die Integration neuer Mitglieder helfe, Spannungen zu vermeiden. Er betonte, daß die Erweiterung sich nicht gegen Rußland richte, da auch Rußland von stabilen Nachbarländern profitieren werde. Beabsichtigt sei auch nicht die Schaffung einer neuen Trennlinie, vielmehr müßten Integration der neuen Mitglieder und Kooperation mit Rußland die beiden Säulen der Erweiterung bilden. Er bezeichnete den Erweiterungsprozeß, der mit dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Januar 1994 begonnen habe, als unumkehrbar. Im Rahmen der nun anstehenden Umsetzung werde zunächst eine Studie der NATO über die Folgen der Erweiterung durchgeführt. Hier müsse in mehreren Bereichen Klarheit erzielt werden: was die Allianz von den neuen Mitgliedern erwarte, was sie für die Länder tun könne, die nicht sofort aufgenommen würden und wie das Verhältnis mit Rußland gestaltet werden solle. Er nannte es wünschenswert, wenn die Entscheidung über die Beitritts-Kandidaten im Jahr 1996 falle und bis zum Jahr 1998 die Verhandlungen abgeschlossen würden.

Da die Erweiterung vor allem eine politische Entscheidung bedeute, müßten die neuen Mitglieder die Ziele des Bündnisses stärken können, was eine Übereinstimmung der grundlegenden Werte und Normen voraussetze. Hierbei könne beispielsweise an die Mitgliedschaft im Europarat angeknüpft werden. Neben der Anerkennung von Zielen, Politik und Verfahren der NATO müßten die neuen Mitglieder bereit sein zu gemeinsamer Verteidigung. Voigt forderte einen realistischen Zeitplan für die Erweiterung, wobei die militärische Dimension nicht im Vordergrund stehen dürfe, da das neue Bündnis mit veränderten Prioritäten sich nicht mit den Voraussetzungen des alten Bündnisses definieren könne. Die Erfüllung der militärischen Voraussetzungen mit den damit verbundenen hohen Kosten könne bei den wirtschaftlich schwachen Ländern zu einer Beeinträchtigung der Stabilität führen.

Als Leitlinie für den Umgang mit Rußland nannte der Präsident der Nordatlantischen Versammlung das Motto „No vetos, no surprises". Den russischen Besorgnissen müßte Rechnung getragen werden, wobei die Zusammenarbeit mit Rußland neue Konsultationsmechanismen voraussetze. Er sprach sich dabei für die Schaffung eines ständigen Beirats zwischen NATO und Rußland aus. Abschließend verwies er auf die Notwendigkeit, auch die nationalen Parlamente stärker in den Erweiterungsprozeß einzubeziehen.

Der **ungarische Ministerpräsident Gyula Horn** würdigte zu Beginn seiner Ansprache die Rolle, die die Nordatlantische Versammlung für die mittel- und osteuropäischen Staaten gespielt habe und erläuterte die Haltung Ungarns gegenüber der NATO. Die NATO stelle nicht nur ein Bündnis zur gemeinsamen Verteidigung dar, sondern die Allianz bilde auch eine Wertegemeinschaft, die verschiedene Bereiche, bis hin zu wirtschaftlichen Interessen, umfasse und auf die Wahrung von Frieden und Stabilität sowohl unter ihren Mitgliedern wie auch in der Welt ziele. Als Voraussetzung für eine NATO-Mitgliedschaft sollten daher die entsprechenden Werte, wie Demokratisierung, Achtung der Menschenrechte und Marktwirtschaft angesehen werden. Er äußerte Verständnis für die gegen die Erweiterung vorgebrachten Argumente, insbesondere im Hinblick auf den unerwünschten Import von Instabilität, jedoch könnten die mittel- und osteuropäischen Staaten sämtlich eine Mehrparteiendemokratie vorweisen, wenn es auch noch an demokratischer Tradition mangele. Hier müsse der Westen noch stärker Hilfe zur demokratischen Entwicklung leisten.

Als Ziel der ungarischen Außenpolitik nannte er die Integration in die euro-atlantischen Strukturen. Eingehend auf die wirtschaftliche Situation unterstrich Horn, daß die Umwandlung in diesem Bereich sich langwieriger gestalte als die demokratische Entwicklung, wobei die hohen Sozialkosten einen besonders problematischen Faktor bildeten.

Der ungarische Ministerpräsident betonte, sein Land erfülle alle Voraussetzungen für eine NATO-Mitgliedschaft. Er verwies auf die Mitwirkung seines Landes im Europarat und die fortschrittliche Minderheitengesetzgebung sowie die guten Beziehungen zu den Nachbarländern. Ungarn erhebe keine Gebietsansprüche gegen andere Länder; neben den bereits abgeschlossenen Vereinbarungen sei Ungarn

auch zu einem Vertrag mit Rumänien bereit. Angestrebt sei, die begonnene Privatisierung bis 1997 abzuschließen; auch im übrigen würden Programme zur Anpassung der Wirtschaft durchgeführt und das Sozialsystem reformiert. Ungarn habe auch mit Rußland Gespräche über die angestrebte NATO-Mitgliedschaft geführt und die Zusicherung erhalten, daß der Beitritt eine souveräne Entscheidung sei und sich nicht negativ auf die Beziehungen der beiden Länder auswirken werde.

Der **Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühe,** verwies auf die Bedeutung dieser ersten Tagung der Nordatlantischen Versammlung in einem Nicht-Mitgliedsland der NATO und würdigte die Verdienste Ungarns für die Freiheit in Europa, wobei er auch auf den Beitrag zur deutschen Vereinigung hinwies.

Eingehend auf die sicherheitsbezogenen Wünsche der mittel- und osteuropäischen Staaten betonte Rühe, diese wollten nicht eine neue Grenze schaffen, sondern suchten die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der westlichen Demokratien, die Mitgliedschaft in einem geeinten Europa. Die gemeinsamen kulturellen und historischen Wurzeln, die gemeinsamen Werte müßten sich niederschlagen in der Öffnung der europäischen Institutionen. Heute müsse die NATO, die den westlichen Demokratien geholfen habe, die verheerenden Folgen des Zweiten Weltkrieges zu überwinden, den mittel- und osteuropäischen Staaten die notwendige Sicherheit und Stabilität gewähren, um sich von den Folgen des Kalten Krieges zu erholen. Als Ziele der gemeinsamen Zukunft nannte der Bundesverteidigungsminister: Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die westlichen Strukturen, die Neugestaltung der Beziehungen zu Rußland, und die Bewahrung und Entwicklung der transatlantischen Beziehungen, wobei die Europäische Union im Verlauf dieses Prozesses eine wichtige Rolle spielen solle.

Wohlstand und Stabilität im Westen müsse erhalten und mit den östlichen Ländern geteilt werden. Da anderenfalls eine Anfälligkeit für territoriale oder ethnische Konflikte erhalten bleibe, sei der Gewinn an Stabilität ein eigenes vitales Interesse des Westens.

Eingehend auf Äußerungen Rußlands gegen eine Erweiterung hob Volker Rühe die Beweggründe für die Politik der NATO hervor: zum einen müsse die Freiheit jedes Landes gewahrt bleiben, einem Bündnis seiner Wahl beizutreten. Zweitens trage die NATO-Mitgliedschaft zu mehr Stabilität bei, was den Aufbau starker Demokratien und die Entwicklung wirtschaftlichen Wohlstands fördere. Drittens sei die NATO-Erweiterung im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union zu sehen, deren Mitglieder im Ergebnis keinen unterschiedlichen Sicherheitsstatus haben dürften.

Die erweiterte NATO werde auch ein neues Bündnis sein: die Allianz, die sich schon jetzt den veränderten Herausforderungen anpasse, müsse drei Ziele haben: gemeinsame Verteidigung, gemeinsames Krisenmanagement und Transfer von Stabilität. Die Erweiterung als den Versuch zu betrachten, das eigene Territorium auszudehnen, entspreche überholtem Denken, da die Ausbreitung von Frieden und Wohlstand niemand bedrohe. Von mehr Stabilität in Europa profitiere nicht zuletzt auch Rußland selbst.

Rühe bezeichnete den Erweiterungsprozeß als unumkehrbar und begrüßte die von der Nordatlantischen Versammlung hierzu auf der letzten Jahrestagung verabschiedete Resolution. Nach Abschluß der Studie werde von Fall zu Fall über die neuen Mitgliedsländer entschieden, wobei eine erste Gruppe bis zum Jahr 2000 aufgenommen sein werde. Zukünftige Mitgliedsländer könnten in der Zwischenzeit die Partnerschaft für den Frieden aktiv nutzen.

Rußland solle in diesem europäischen Prozeß eine aktive Rolle spielen, sowohl als politischer und wirtschaftlicher Partner der EU als auch als strategischer Partner der NATO. Im Hinblick auf die Rolle Rußlands als führende Macht im Nuklear- wie im konventionellen Bereich auf dem Kontinent hätten sowohl Europa wie die USA ein eminentes eigenes Interesse an einer erfolgreichen Transformation des Landes. Sicherheit könne es nur mit, nicht gegen Rußland geben. Rußland müsse die Grundvoraussetzungen für eine neue Partnerschaft schaffen, wobei die Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden ein Signal für die Bereitschaft darstellen könne, zur neuen Sicherheitsordnung in Europa beizutragen.

Stabilität in Osteuropa könne nicht ohne die Hilfe Nordamerikas erreicht werden. Auch nach Ende des Kalten Krieges gewährleisteten die USA die strategische Balance in und für Europa. Rühe bezeichnete eine neue transatlantische Partnerschaft als notwendig, wobei Europa bereit sein müsse, einen größeren Teil der Lasten zu übernehmen. Erforderlich sei ein gemeinsamer Ansatz für gemeinsame Herausforderungen auf beiden Seiten des Atlantiks.

Richard Holbrooke, Abteilungsleiter für europäische und kanadische Angelegenheiten, verglich die Herausforderungen nach Ende des Kalten Krieges mit denen nach Ende des Zweiten Weltkrieges und unterstrich die amerikanische Bereitschaft, auch jetzt zum Aufbau eines stabilen Europa beizutragen. Er erläuterte die von der amerikanischen Regierung für die mittel- und osteuropäischen Staaten durchgeführten Programme, die neben dem Wirtschaftssektor, der Hilfe durch know-how-Transfer, Kapital und Ausbildung beinhalte, auch Ausbildung im Hinblick auf die Organisation von Wahlen, Hilfe beim Aufbau kommunaler Verwaltung und demokratischer Medien sowie bei der Einrichtung juristischer Verfahren umfasse.

Eingehend auf die Lage in Südosteuropa, das einschließlich der Nachbarländer als explosivste Region gelten müsse, meinte Holbrooke, das neue Europa laufe Gefahr, die Geisel seiner eigenen Geschichte zu werden. Er verwies auf die Gefahren eines falsch verstandenen Nationalismus, der Feindschaft zwischen Nationen oder Gruppen schaffe und Krisen wie die heutige auf dem Balkan zur Folge habe. Als ermutigendes Gegenbeispiel nannte er die Entwicklung in Nordirland, wo bereits wirtschaftliche Fortschritte zu verzeichnen seien, für die der Frieden

die Voraussetzungen schaffe und der wirtschaftliche Fortschritt umgekehrt zur Stabilisierung des noch zerbrechlichen Friedens beitrage. Diese Entwicklung stehe beispielhaft für die sich jetzt bietende Gelegenheit, einen dauerhaften Frieden in Europa zu schaffen. Daß ein solcher Frieden realistisch sei, zeige sich an den bereits vorhandenen Strukturen in Europa, das seine Grenzen öffne und einen gemeinsamen Markt schaffe, unter Einbindung von Nationen, die – wie England und Frankreich – Jahrhunderte lang sich feindlich gegenübergestanden hätten.

Eingehend auf die Voraussetzungen für eine NATO-Mitgliedschaft verwies Holbrooke auf Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Clinton, nach denen sich Länder mit einem repressiven politischen System, mit Gebietsansprüchen gegen Nachbarländer, mit fehlender ziviler Kontrolle des Militärs oder mit geschlossenen Wirtschaftssystemen nicht zu bewerben brauchten. Jedes neue NATO-Mitglied bedeute für die USA die ernsthafteste aller Verpflichtungen, nämlich die Ausdehnung auch des militärischen Schutzschirms der USA auf eine neue Nation.

Grundsätzlich unterstrich Holbrooke, Sicherheit lasse sich nicht allein durch externe Garantien bewirken, sondern setze innere Stabilität voraus. Dabei seien neue Verfassungen, rechtsstaatliche Strukturen und Wahlen unabdingbar, aber nicht ausreichend für den Ausbau einer wirklichen demokratischen Gesellschaft. Diese verlange außerdem Meinungsfreiheit und die Freiheit, sich in Verbänden zu organisieren, eine freie Presse sowie regionale Kooperation und vor allem dic Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. In der Tat habe Südosteuropa hier ein schweres Erbe zu bewältigen, jedoch zeigten sich in Ungarn Fortschritte, wie die kürzlich geschlossene Vereinbarung mit der Slowakei, wobei Holbrooke bedauerte, daß zwischen Ungarn und Rumänien bislang noch kein Vertrag abgeschlossen werden konnte.

Abschließend appellierte er an die mittel- und osteuropäischen Staaten, ihre Zukunft zu gestalten und zitierte Präsident Clinton mit der Zusage, ihnen dabei zur Seite zu stehen, da ein starkes, freies und demokratisches Europa von entscheidender Bedeutung für die USA selbst, ihre Sicherheit, ihre Demokratie und erfolgreiche Zukunft sei.

Bonn, den 9. August 1995

Klaus Francke (Hamburg), MdB

Leiter der Delegation

Staatsminister Florian Gerster

Stellvertretender Leiter der Delegation

Übersetzung

Nordatlantische Versammlung (NATO-Parlamentarier)

Plenar-Entschließung betr. die Krise in Bosnien

Budapest, 29. Mai 1995

Die Versammlung

1. *verurteilt* uneingeschränkt das skrupellose und brutale Vorgehen von Truppen der bosnischen Serben im ehemaligen Jugoslawien, die im Widerspruch zu allen humanitären Grundsätzen, internationalen Übereinkommen und Gepflogenheiten im Krieg nichtbewaffnete militärische Beobachter der Vereinten Nationen als menschliche Schutzschilde benutzen;

2. *verlangt* die unverzügliche und bedingungslose Freilassung der nichtbewaffneten militärischen Beobachter der Vereinten Nationen und jener Soldaten von UNPROFOR, die von den bosnischen Serben als Geiseln festgehalten werden;

3. *fordert* die unverzügliche Einstellung der Aggression gegenüber der Zivilbevölkerung in Bosnien;

4. *bringt* ihre Unterstützung für die anhaltenden Bemühungen der gemäß den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen eingesetzten Truppen *zum Ausdruck* zur Aufrechterhaltung von Frieden und Herbeiführung humanitärer Hilfe in bestimmten Regionen im ehemaligen Jugoslawien und erkennt insbesondere den Beitrag der NATO zu diesen Zielen an;

5. *unterstützt nachdrücklich* die Anstrengungen der Kontaktgruppe zur Herbeiführung einer Verhandlungslösung für den Streit zwischen den Kriegsparteien im ehemaligen Jugoslawien;

6. *fordert* den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen *auf*, eine Änderung des Mandats von UNPROFOR in Betracht zu ziehen, so daß UNPROFOR in die Lage versetzt wird, auf alle Angriffe, denen sie ausgesetzt sind, zu reagieren.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333